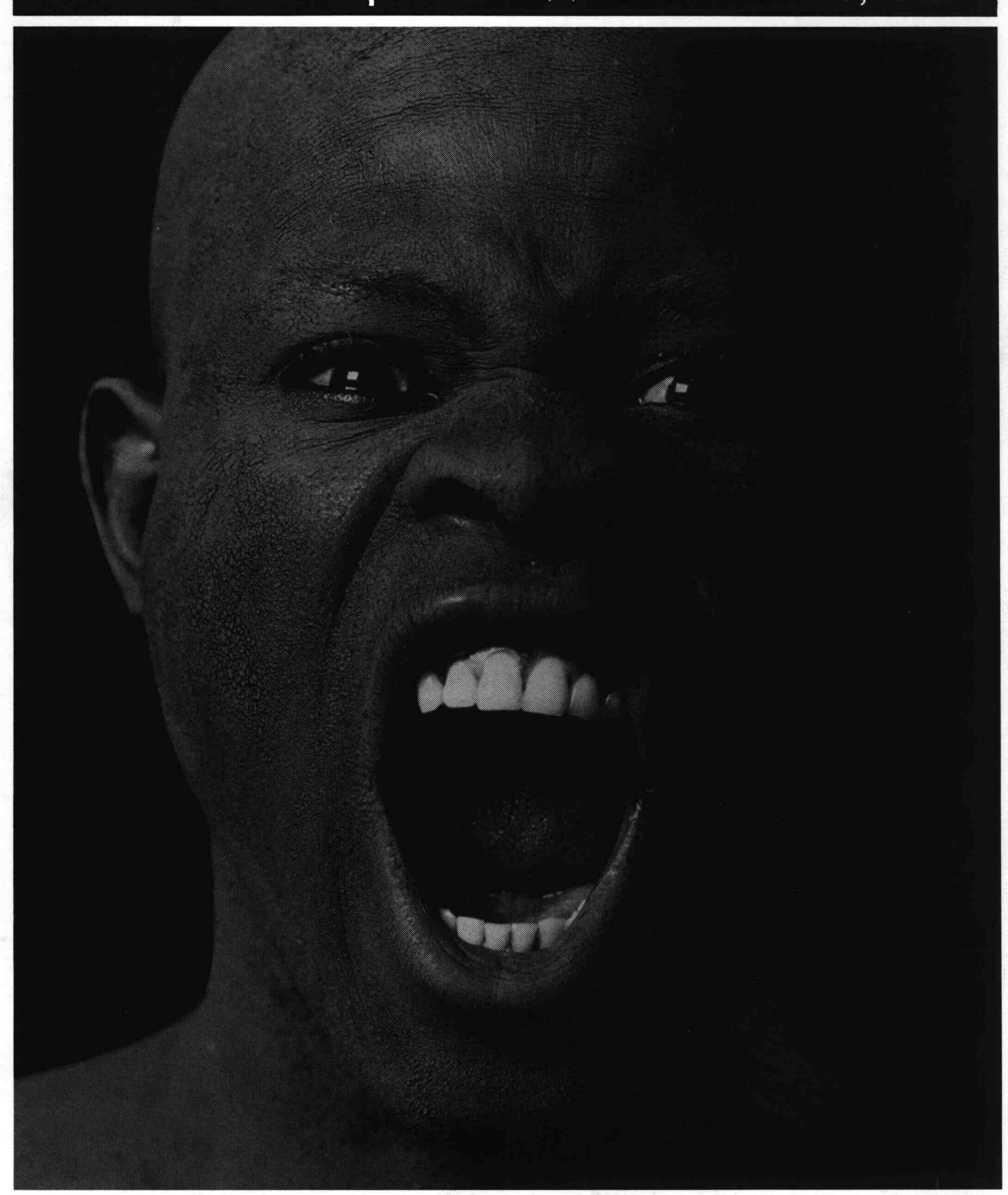
ANTIFA NRW
ANTIFASCHISTISCHE NRW Zeitung

Nr. 10 Febr. - April '96 ★ 3,- DM



Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

die zehnte Ausgabe der "Antifa-NRW-Zeitung" beschäftigt sich mit dem NF-Prozeß in Dortmund, dem Fall des Aachener Hochschulrektors Schwerte und einem Fazit zum Ende des Solingen-Prozesses. Weiterhin ist als Auftakt zu einer Reihe über rechte Agitation in Jugend-(Sub-)Kulturen ein Artikel über "Skinhead-Musik" in Großbritannien abgedruckt.

Bleibt noch zu sagen, daß die Antifa-NRW-Zeitung nun auch ihr erstes Ermittlungsverfahren hat. Glaubt man der mündlichen Auskunft eines Polizeibeamten, der im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 3. Oktober in Düsseldorf bei einer Verkehrskontrolle ein Exemplar der Ausgabe 9 einzog, dann handelt es sich um einen Verstoß gegen das "Kunsturheberrecht". Gemeint ist der Abdruck eines Fotos von zwei Wuppertertaler Zivilbeamten aus dem Jahre 1982. Genau dieses Foto ist bereits im selben Jahr als Titelfoto(!) der nicht mehr existierenden "Wuppertaler Stattzeitung" veröffentlicht worden, was damals mit keinerlei staatlichen Repressionsmaßnahmen bedacht worden war. Da auch das ehemalige Team der "Staz" uns bisher nicht verklagt hat, sehen wir den Ermittlungen gelassen entgegen.

Eure Redaktion

IMPRESSUM

ViSdP: P. Schulze
Kontakt:
ANTIFASCHISTISCHE NRW ZEITUNG
c\o Infoladen
Brunnenstraße 41
42105 Wuppertal

Bankverbindung:
Geschichtswerkstatt Dortmund, Stichwort NRW
Konto-Nr.: 301 0375 603
BLZ: 441 600 14
Dortmunder Volksbank

Auflage: 1000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abobedingungen:
Wegen der hohen Portokosten kostet ein Jahresabo 18.-DM, also 4,50 DM pro Ausgabe.
Bei Bestellungen von mehr als 10 Einzelexemplaren pro Ausgabe gibt es Rabatt.
Bestellungen bitte an die oben angegebene Kontaktadresse. Zahlungen mit Absenderadresse bitte auf das oben genannte Konto überweisen oder in Bargeld, Scheck oder Briefmarken an unsere Kontaktadresse.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habnahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT



Nachdem im Frühjahr 1993 Christian Sennlaub und seine Kameraden von der "Nationalen Offensive" (NO) und ein Jahr später die Aktivisten der Bochumer "Anti-Antifa-Gruppe Volkswille" im bezug auf den § 129 StGB (Kriminelle Vereinigung) freigesprochen wurden, saß Anfang September der ehemalige Vorstand der "Nationalistischen Front" (NF) auf der Anklagebank.

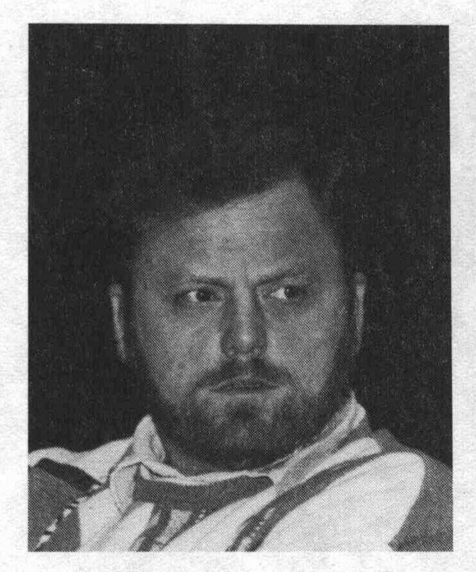
Prozeß gegen Führungstrio der Nationalistischen Front in Dortmund

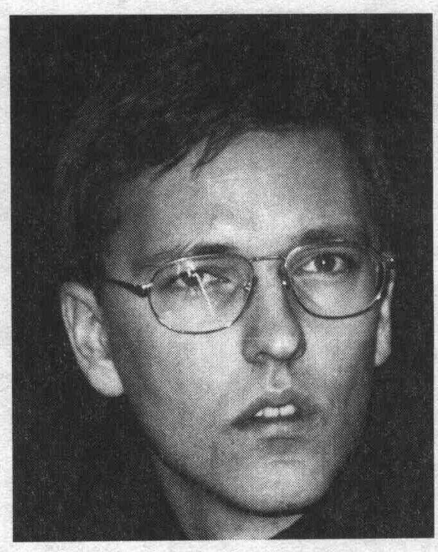
Zu befürchten hatten sie eigentlich nicht viel, eilte dem Vorsitzenden Richter **Manfred Reichel**, doch spätestens seit Frühjahr 1993, der Ruf des auf dem rechten Auge Blinden voraus. Doch diesmal sollte es anders kommen. Der ehemalige Vorsitzende der "Nationalistischen Front" (NF) **Meinolf Schönborn** wurde wegen Verbreiten und Verwenden von verfassungsfeindlichen Symbolen in Tateinheit mit dem verstoß gegen das Vereinsgesetz zu zwei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Die zwei Vorstandsmitglieder **Stefan Pielert** und **Eckhart Scholz** müssen wegen Verstoß gegen das Vereinsgesetz für zehn Monate hinter Gitter.

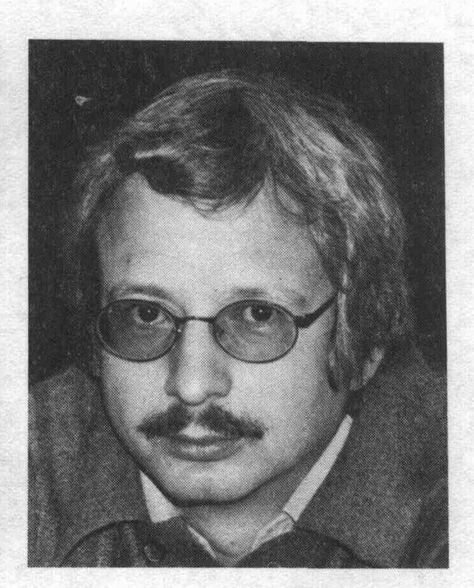
Das Urteil hat nicht nur Schönborns Anwalt **Dr. Eisenecker** -der für den verletzten rechten Anwalt **Jürgen Rieger** eingesprungen war- erblassen lassen. Auch die zahlreich erschienen MedienvertreterInnen waren sichtlich überrascht, hatte Richter Reichel dem NF-Führer Schönborn am Anfang des Prozesses doch noch versichert, daß er zu den führenden Rechtsextremisten ganz andere zählt. Was war dann der Grund für die ungewöhnliche hohe Verurteilung? Waren die von der Staatsanwaltschaft und den beteiligten Verfolgungsbehörden **BKA, LKA** und Bielefelder **Staatsschutz** zusammengetragenen Beweise doch eher dürftig. So sagte ein Finanzexperte des BKA aus, daß anhand der Kontenüberprüfung sich der Tatverdacht der Fortführung einer verbotenen Organisation verfestigen würde, wenn denn der Versandhandel des Meinolf Schönborns der NF zuzuschreiben ist. Da der **Klartext-Verlag** durch das Bundesinnenministerium aber nicht verboten wurde, haben er auch keine Fortführung feststellen können. Der Beamte des Bielefelder Staatsschutz hatte anscheint auch kein Interesse daran in das Dunkel des Prozesses ein wenig Licht zu bringen. Er hatte keine Skrupel und behauptete, daß es aus Sicht seiner Behörde gar keine rechtliche Grundlage für eine präventive Beobachtung des NF Zentrums in Detmold Pivitsheide gab. Lieber besuchte man Meinolf Schönborn zum Kaffee und Kuchen und nahm dabei auf seine beschränkten finanziellen Möglichkeiten Rücksicht. Anstandshalber brachte der Bielefelder Staatsschutzchef bei seinem Antrittsbesuch den Kuchen selber mit. So wundert es kaum, daß die politische Polizei am 23.10.93 auch die Skinhead-Feier des **Thorsten Richter** unbeobachtet ließ, hatte Meinolf Schönborn doch einen Tag vorher noch beim Staatsschutz angerufen und den Beamten versichert, daß es sich um eine rein Private Verlobungsfeier handelt. Erst als AntifaschistInnen die Polizei riefen wurde die "Feier" aufgelöst.

Folglich konnte dieser wie fast alle anderen verbeamteten Zeugen kaum belastendes vorbringen. Die so zahlreich benannten Entlastungszeugen des Meinolf Schönborn, brachten auch nicht mehr Licht in den Prozeß. Egal ob der ehemalige Stellvertreter von Meinolf Schönborn, **Thorsten Schibblock** aus Bremen, das jetzige **Rep-Mitglied Marco Warkentin** aus Berlin oder der "Rechtsberater" der NF, Jürgen Rieger, alle sagten das gleiche aus. Die NF hat nicht weiter existiert man habe sich nur noch privat getroffen und eigentlich wisse man ja gar nichts. Anders sah es da bei dem 21 jährigen **Sven Borkmann** sowie dem ebenfalls aus Bielefeld stammenden 19 jährigen **David Ruhnke** aus. Ruhnke, der z. Zt. eine Haftstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten wegen Raub, Diebstahl und Körperverletzung absitzt, erzählte bei einer polizeilichen Vernehmung, daß sein Kamerad Borkmann in Detmold an einer Schulung der Verbotenen NF teilgenommen habe. Vor Gericht verweigerte er jedoch die Aussage. Auch der "engagierte" Verteidiger von Schönborn, Rechtsanwalt Dr. Eisenecker konnte ihn nicht zum reden bringen, so daß er in die Beugehaft wanderte.

Mehr Licht in das dunkel des Prozesses brachten da die Mitglieder der Detmolder **"BürgerInneninitiative gegen das Nazizentrum"**. Die ZeugInnen konnten an Hand von Aufzeichnungen mehre Aufmärsche und







Meinolf Schönborn, Stefan Pielert, Eckhard Scholz und ...

Treffen -an denen die Angeklagten beteiligt waren bzw. die im NF Zentrum in der Quellenstraße stattfanden- belegen. Auch sprechen die Briefe, die an Schönborn gerichtet waren, eine eindeutige Sprache. Da schreibt ihm der Funktionär des **"Klub Freunde Deutschlands und deutschsprachiger Länder"** aus Bulgarien, **Konstantin Walakow**, daß "viele von ihnen in kommunistischen KZ waren" und daher ein großes Interesse an einem Gedankenaustausch bestünde. Ein weitere reger Briefschreiber war der aus Wetter an der Ruhr stammende NSDAP/AO und FAP Aktivist **Michael Krieg**. Dieser forderte Schönborn auf, seinen Brief vom 22.01.95 zu beantworten. Leider erhielt Schönborn diesen mit einem

Rechtsanwalt Dr. Eisenecker

Hakenkreuz und Reichsadler verzierten Briefbogen genau so wenig wie all die anderen beschlagnahmten Beweismaterialien.

Trotz der doch eher dünnen Beweislast kam es dann zu dem Urteil mit dem niemand gerechnet hatte. Was hatte Richter Reichel und seine BeisitzerInnen dazu bewegt dieses Urteil zu fällen? Konnte er sich die zu einer Farce ausrufenden Urteile gegen die NO und Volkswille vielleicht noch erlauben - welcher sensationslüsterne RTL 2 oder Pro 7 Journalist kennt schon einen Christian Sennlaub - war dies bei dem medaillen Bekanntheitsgrad von Schönborn und der NF nicht so einfach möglich. So kam es dann auch in der Urteilsbegründung dazu, daß Richter Reichel sich genötigt sah die Detmolder BürgerInneninitiative für ihr aufklärendes Engagement zu danken.

Trotz alle dem ist im nachhinein noch vieles in diesem Prozeß offengeblieben. Zwar wurden die Nachfolgeverlage des Meinolf Schönborn wie der **"Propagandaverteilerkreis"**(PVK) erwähnt und durchleuchtet, doch ernsthafte Beweiserhebung kann man weder dem Staatsanwalt noch dem Vorsitzenden Richter nachsagen. So wurde sich über die Pressemitteilung der Bundestagsabgeordneten **Annelie Buntenbach** - in der sie den Vorwurf erhob, daß die NF weiter agiere - nur lustig gemacht und diese als Lückenbüßer für das Sommerloch disqualifiziert. Eines können jedoch die Materialien auf die Frau Buntenbach ihre Vorwürfe stützt sicherlich nachweisen, daß der nicht verbotene **"Förderkreis Junges Deutschland"** (FJD) eine Tarnorganisation und somit die verbotene Nachfolgeorganisation der NF ist, sowie daß der Personenkreis um Meinolf Schönborn eher zugenommen hat. Dies geht aus Kontoauszügen und Adressenlisten hervor, die Frau Buntenbach vorliegen. Dagegen hielt das Gericht sowie die Staatsanwaltschaft den FJD noch nicht einmal erwähnenswert.

Wie Mitte Januar bekannt wurde, hat dieser Prozeß für den Vorsitzenden Richter Reichel noch eine unangenehme Nebenerscheinung. Bis auf weiters steht er unter Polizeischutz, da er aus dem "rechten Lager" Morddrohungen erhalten hat. Die ihm drohenden Rechtsextremisten beziehen sich ganz explizit auf die Verhandlung gegen den ehemaligen Vorsitzenden der NF. Es kann daher davon ausgegangen werden, daß die Urheber dieser Morddrohung im Umfeld von Meinolf Schönborn zu finden sind.



Keine durchgreifenden Zweifel an der Schuld aller vier Angeklagten" hat der sechste Senat des Düsseldorfer Oberlandesgerichts. Die rechtsradikalen Mörder aus Solingen erhielten am 13. Oktober 95 Haftstrafen zwischen 10 und 15 Jahren. Die Angehörigen der Opfer begrüßen das Urteil, einige der Verteidiger hingegen sprechen von einem Fehlurteil.

Gründliches Urteil

Hohe Haftstrafen für rechtsextreme Mörder aus Solingen

In einem sind sich alle einig. Der Brandanschlag auf das Haus der türkischen Familie Genc in Solingen ist „eines der schlimmsten, ausländerfeindlichen Verbrechen in der Nachkriegsgeschichte". So formulierte es der Vorsitzende Richter Wolfgang Steffen Mitte Oktober bei der Verkündigung des Urteils in dem langen, 18 Monate dauernden Verfahren.

Der sinnlose und feige Anschlag, aus Haß auf Ausländer begangen, kostete fünf Frauen und Mädchen das Leben. Sie verbrannten in dem Haus ihrer Familie. Dem damals 15jährigen Bekir Genc wurden in der Nacht zum 29. Mai 1993 schwerste, bleibende Brandverletzungen zugefügt. Er ist für den Rest seines Lebens an Kopf, Armen und Händen schwer entstellt. Weitere Familienmitglieder wurden verletzt. Hinzu kommt das Leid der Hinterbliebenen.

Alles andere als einig zeigten sich die Prozeßbeteiligten, wenn es um die Frage der Schuld der vier Angeklagten geht. „Ich bin unschuldig, laßt mich hier raus, ihr Schweine, ich bring mich um". Heftiger hätte die Reaktion des mittlerweile 18jährigen Felix Köhnen auf das Urteil kaum ausfallen können. Auch seine Mitangeklagten Christian Buchholz (22) und Markus Gartmann (25) beteuerten noch wenige Tage vor dem Urteil ihre Unschuld. Buchholz bezeichnet sich seit seiner Verhaftung als unschuldig, Gartmann hatte im März '95 sein Geständnis zurückgezogen. Nur Christian Reher (19) blieb durchweg beim Eingeständnis seiner Schuld, wenn auch in etwa 20 verschiedenen Geständnisvarianten.

Das Gericht sprach die Angeklagten wegen gemeinschaftlichen Mordes in fünf Fällen, versuchten Mordes in 14 Fällen und schwerer Brandstiftung schuldig. Der „Böhse Onkelz"-Fan Felix Köhnen erhielt 10 Jahre Haft, die Höchstrafe im Jugendstrafrecht. Jeweils 10 Jahre Jugendstrafe erhielten auch der ehemalige Skinhead Christian Buchholz und der rechtsgerichtete Hooligan Christian Reher. DVU-Mitglied Markus Gartmann wurde als einziger nach dem Strafrecht für Erwachsene verurteilt und erhielt 15 Jahre. Sein Geständnis, das zur Basis des Gerichtsverfahrens und der Verurteilung wurde, bewahrte ihn trotz des Widerrufs vor einer lebenslänglichen Strafe.

Nicht nur die Angeklagten, auch die Prozeßbeteiligten und -beobachter teilten sich hinsichtlich der Schuldfrage in zwei unversöhnliche Lager. Generelle Zufriedenheit über das Urteil zeigte die Nebenklage. Bekir Genc, der der Hauptverhandlung bei Verkündigung des Urteils erstmals beiwohnte, seine Familie und ihre Rechtsbeistände stimmten den RichterInnen zu.

„Die Gerechtigkeit hat ihren Platz gefunden", befand Bekirs Mutter Mevlüde Genc, die bei Verkündigung des Urteils die Nacht des Brandanschlags innerlich abermals durchleben mußte. Richter Steffen schilderte detailliert, wie der Brandanschlag ablief und wie die fünf Opfer ums Leben kamen. Der türkische Botschafter, der die Angehörigen der Opfer begleitete, begrüßte das Urteil als „Schlag gegen Rassismus und Ausländerhaß". Auch der engagierte Kölner Rechtsanwalt Reinhard Schön, Rechtsbeistand der Opfer, ist zufrieden. Er sieht seine von Anfang an vertretene Auffassung über die Schuld der vier Angeklagten bestätigt. Über den „vorläufigen Abschluß" des Verfahrens ist er froh.

Andere Auffassungen von Gerechtigkeit herrschten im Lager der Urteilsgegener. Zahlreiche Angehörige der Angeklagten brachten im Gerichtssaal ihren Protest gegen die Verurteilung lautstark zum Ausdruck. Die Anwälte von drei Angeklagten kündigten nach dem Urteil Revision beim Bundesgerichtshof an. Zur Frage der Schuld seines Mandanten meinte Georg Greeven, Verteidiger von Felix Köhnen: „Felix hat mir vermittelt, daß er unschuldig ist." Haben sie alle nicht realisiert, wie belastend die an 125 Verhandlungstagen vorgetragenen Indizien für alle vier Angeklagten sind?

Ein „ungewöhnlich schwieriger Indizienprozess" war das Verfahren für die fünf BerufsrichterInnen des sechsten Strafsenats am Oberlandesgericht Düsseldorf. 286 Zeuginnen und Zeugen ließen sie laden. Eine gründliche, ausgedehnte Hauptverhandlung war nicht zuletzt wegen gravierender Ermittlungspannen bei der polizeilichen Sonderkommision „Sole" und bei einem Brandgutachter notwendig.

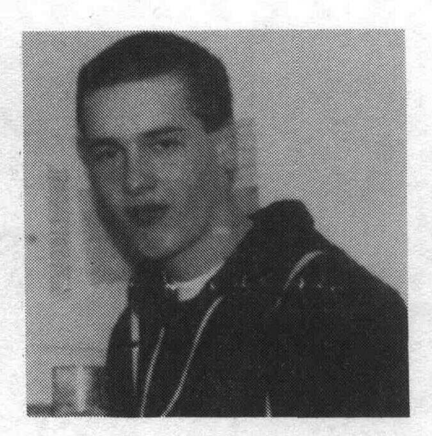
Gartmanns Geständnis wurde schließlich zur Basis des Verfahrens und der Verurteilung. Daß Gartmann ein falsches Geständnis ablegte, weil er bei der Polizei unter Druck gestanden haben will, nahmen ihm die RichterInnen nicht ab. Zum einen gibt es keine



Reher



Gartmann



Buchholz

Hinweise dafür, daß Gartmann tatsächlich von Vernehmungsbeamten unter Druck gesetzt wurde. Zum anderen habe er das Geständnis über beinahe zwei Jahre aufrecht erhalten, was sich mit angeblichen Druck bei den ersten polizeilichen Vernehmungen schwer erklären läßt.

Nach Auffassung des Gerichts ist nicht einzusehen, warum ein Unschuldiger ein Geständnis ablegt, um Strafmilderung zu erhalten, wie Gartmann behauptet hatte. Zusätzlich belastend wertete das Gericht, daß Markus Gartmann auch in der Abgeschiedenheit einer Gewahrsamszelle gegenüber seinem Vater seine Beteiligung an dem Anschlag zugab. Sein Vater war die einizige Person, „für die er sich verantwortlich fühlte".

Weiteres spricht für die Glaubwürdigkeit des Geständnisses. „Ein konstruiertes Geständnis wäre lückenloser gewesen". Tatsächlich enthält Gartmanns Geständnis wesentliche Lücken. So gestand er die Verwendung eines Brandbeschleunigers ein, konnte aber nicht benennen, woher der Brandbeschleuniger stammte. Daß das Feuer nicht bloß mit Zeitungen, sondern mit Benzin oder ähnlichem entfacht wurde, ergaben die Untersuchungen von drei der vier Brandgutachter. Der vierte, der abweichend die wenig überzeugende These von einem Schwelbrand vertrat, war ausgerechnet von der Verteidigung Felix Köhnens mit einem Gutachten beauftragt worden.

Den Widerruf von Gartmanns Geständnis bewerten die RichterInnen als Prozeßtaktik. Gartmann widerrief, als am 80. Verhandlungstag ein Brandgutachter die Verwendung einer größeren Menge Benzin nachwies. Gartmann habe zu diesem Zeitpunkt seine Chance auf ein mildes Urteil schwinden sehen und widerrufen, ein taktisches und „durchsichtiges Manöver".

Belastend werteten die RichterInnen zusätzlich das dritte Geständnis von Christian Reher, das Gartmanns Geständnis in Details ergänzt. Sie kamen zu dem Schluß, daß diese Geständnisvariante dem tatverdächtigen Reher keinesfalls von Ermittlungsbeamten in den Mund gelegt wurde, wie es Teile der Verteidigung behauptet hatten. Rehers im Prozeß vertretene Behauptung, er wäre es allein gewesen und hätte mit Zeitungen „gezündelt", bewerteten die RichterInnen als reine Taktik.

Über das Motiv der Täter bestand kein Zweifel: Die Täter handelten „aus Frust und Haß auf Ausländer". Von allen sind rechtsextremistische Aktivitäten und Äußerungen bekannt. Drei von ihnen trainierten zumindest zeitweise in der Kampfsportschule des VS-Informanten Bernd Schmitt, wo sie am speziellen Freitagstraining für Rechtsextremisten und Neofaschisten aus der ganzen Republik teilnahmen. Hier wurden sie nach Auffassung des Gerichts in „ihrer rechten Gesinnung" immer wieder bestätigt.

Auch auf die Rolle der Medien ging das Gericht nach der Urteilsverkündung ein. „Die Medien ließen sich von den Verteidigern einspannen" und die „Presse hat ihre Rolle teilweise mißbraucht", lautete die Kritik.

Der Kölner Rechtsanwalt Reinhard Schön von der Nebenklage wurde bei einer Pressekonferenz am Tag nach der Urteilsverkündung in Solingen konkreter: „Rechtsradikale Jugendliche dürfen nicht zu Märtyrern gemacht werden". Er hatte schon früher kritisiert, daß sich manche Journalisten mehr mit dem Leid der Angeklagten und ihrer Familien als mit dem Leid der Opfer beschäftigten.

Schön kritisierte weiter: „Das gründliche Urteil müsse eigentlich zu großem Rechtsfrieden führen. Dabei ist uns bewußt, daß rechtsradikale Gruppen eine Verurteilung nie akzeptieren können. Doch erste Reaktionen in Radio und Fernsehen lassen befürchten, daß dies nicht auf solche Gruppen beschränkt bleibt". Christian Reher und sein Verteidiger zogen den Revisionsantrag mittlerweile zurück.

Kurze Geschichte von Oi- und Skinhead-Musik in Großbritannien



Unpolitische Idylle ...

Wurzeln

Erstmals in den 50er Jahren traten Jugendliche aus der Arbeiterklasse auf, die sich durch Musik und Kleidung deutlich von der älteren Generation unterschieden. Ihre Musik war die Musik der Großstadtjugend, der Rock'n Roll. Sie hatte mit den verlogenen Schlagerwelt der fünfziger Jahre nichts gemeinsam. Die Botschaft dieser Musik erzählte von den alltäglichen Dingen des Lebens, von Isolation und Sprachlosigkeit, Sucht und Sehnsucht, Ausweglosigkeit und Beton. Die Rockmusik bezog ihre Impulse immer wieder aus der Musik der ausgebeuteten Minderheiten, schwarzer Rhythm-and-Blues, Soul aus den farbigen Großstadtgettos, Reggae, Symbol des Widerstands auf den Karibischen Inseln. Neben den 'Rockern' traten Ende der fünfziger Jahre die Mods auf, die sich durch ihr Auftreten von den Rockern unterschieden. Sie trugen makellose Kleidung, hörten Rythm & Blues, Soul und Beat und fuhren ab auf Lambretta und Vespa Roller; sie waren unheimlich 'cool' - „Morgen macht die Atombombe sowie alles kaputt". Anfang der sechziger Jahre lieferten sich Rocker und Mods wilde Schlachten am Strand diverser englischer Seebäder. Die Mod-Bewegung - ursprünglich eine unter Gymnasiasten und Studenten verbreitete 'Elite'-Bewegung - fand ihre Entsprechung unter den Jugendlichen aus der Arbeiterklasse. Sie übernahmen Elemente des Mod-Stils, trugen allerdings klassische Arbeitsklamotten und übernahmen Anregungen z. B. von den westindischen Schwarzen. Bis Mitte der 60er hatte sich der Mod-Stammbaum in zwei Gruppen aufgeteilt. Auf der einen Seite waren die Wohlgekleideten und auf der anderen die harten Gang-Mods, die die Feinheiten der Stilbewußten gegen Kleidung eintauschten, die ihrem Arbeiterklassen-Bewußtsein mehr entsprachen. Diese Skinheads trugen Armeejacken, robuste Arbeitsjeans und Schnürstiefel. Das Haar wurde kürzer und kürzer, nicht zuletzt um im Kampf mit rivalisierenden Gruppen keinen Ansatzpunkt für den Gegner zu bieten.

Musikalische Ursprünge

Die Skinheads ließen sich maßgeblich von Stilrichtungen junger Westinder in Großbritannien inspirieren. Die Schwarzen und Weißen mischten sich unbefangen in den 'Dance Halls' und frönten ihrer gemeinsamen Liebe zu Musik und Tanz. Obwohl sie immer noch Soul hörten, hatten die Skins auch die Musik übernommen, die die farbigen Communities in den Londoner Vororten aus ihren Heimatländern mitgebracht hatten. In Jamaika hatte sich ein eigenständiger Musikstil entwikkelt, der sich vom nordamerikanischen Jazz, Soul und Rythm&Blues unterschied. Diese Musik hatte einen hartnäckigen, einfach wiederholten Upbeat und wurde als Ska, Bluebeat, Rocksteady oder allgemein als Reggae bekannt. Die Allianz von Farbigen und Skins durch gemeinsamen Musikgeschmack endete allerdings, als unter den jungen Schwarzen der Rasta-Kult zusehends an Beliebtheit gewann. Musikalischer Ausdruck war der Dub-Reggae mit einem langsameren, weniger tanzbaren Beat; die Texte waren offen feindselig gegen die weiße Welt gerichtet und drehten sich um spirituelle Rasta-Werte, mit denen die Skinhead-Szene nichts anfangen konnte.

Gewalt

Skinheads hatten ihre eigenen Territorien immer wütend verteidigt, und Kämpfe zwischen rivalisierenden Skinhead-Gangs waren alltäglich. Eine Skinhead-Gang bestand, wie jede andere Großstadt-Gang, hauptsächlich aus männlichen Jugendlichen. Dementsprechend bestimmten männliches Imponiergehabe und Männerfreundschaften das Bild der Gangs. Skins waren Fußballfans und Ligaspiele waren das wichtigste Ereignis der Woche. Dort konnten sich die Treue zu ihrem Verein beweisen und sich Kämpfe mit Polizei und gegnerischen Fans liefern. Skinhead-Gewalt ist sicherlich in gewissem Maße als Reaktion auf die Umwälzungen zu sehen, die sich Ende der 60er Jahre in der Gesellschaft abzeichneten. Die innerstädtischen Gemeinschaften wurden immer mehr aufgelöst, die BewohnerInnen in anonyme Neubauviertel verpflanzt. Die durch die gesellschaftlichen Veränderungen ausgelöste Aggression traf zunehmend all diejenigen, die sich 'anders' benahmen oder deren Lebensweise als Bedrohung der traditionellen Lebensweise angesehen werden konnte. Hippies, Schwule oder Studenten waren regelmäßige Ziele; auch bei rassistischen Übergriffen in den ausgehenden 'Sixties' waren Skinheads beteiligt, doch sie nahmen dabei noch keine führende Rolle ein. Als die Medien den gewalttätig-rassistischen Aspekt des Skinhead-Kults aufgriffen, verließen viele Skinheads die Bewegung und machten Platz für brutalere Leute. Der Kult wurde schnell mit purer Gewalt gleichgesetzt und hatte sich Anfang der 70er Jahre weit von seinen Ursprüngen entfernt.

Radikalisierung

Obwohl zwischen etwa 1972 und 1976 kaum Skins im britischen Straßenbild



...und rassistische Ideologie

zu sehen waren, war die Skinhead-Bewegung nicht tot; besonders im Londoner East-End und in den Industriestädten des Nordens hatte er sich gehalten. Die 2. Hälfte der 70er erlebte auf den britischen Inseln eine Rückkehr der Skinhead-Bewegung, allerdings in extremer und überzeichneter Form (kahlrasiert, 22 Loch hohe Springerstiefel, Bomberjacken usw.). Im Gegensatz zu den Skinheads der Sixties, die zumeist voller Mißtrauen gegen Politik jeder Ausrichtung waren, engagierten sich viele der neuen Skins aktiv in faschistischen Strukturen. Ende der 70er unternahmen sowohl die **National Front** (NF) als auch das **British Movement** (BM) verstärkt Anstrengungen, die Großstadtjugend zu gewinnen. Sowohl NF als auch BM konnten viele Skin-Mitglieder gewinnen. Sie versorgten die Jugendlichen mit einer theoretischen Rechtfertigung für ihren 'primitiven Rassismus. Sicher sympathisierten viele Skins mit der faschistischen Politik von NF und BM nur, weil es gerade Mode war. Andererseits gab es eine Menge, die aktiv hinter der Politik der extremen Rechten standen. Skinheads wurden zunehmend als Schutztruppen bei Veranstaltungen von NF und BM eingesetzt.

Nazirock

Zunehmend betroffen von der Radikalisierung der Skins unter ihren Fans waren viele 'Street-Music' Gruppen. Wegen der wachsenden Anzahl „Sieg Heil" grölender Fans bei ihren Konzerten wurde beispielsweise Sham 69 beschuldigt, rechtsradikale Anhänger zu ermutigen, obwohl ihre einzige Botschaft „If the kids are united, they will never be divided" gewesen war. Um dem entgegenzutreten, spielte Sham 69 auf einem Rock Against Racism Konzert der **Anti-Nazi-League**. Trotzdem (oder gerade wegen des antifaschistischen Engagements) kam es zu einer Zunahme rechter Gewalt bei ihren Auftritten. Die 1977 gegründeten Angelic Upstarts erlitten ein ähnliches Schicksal wie Sham 69. Sie wurden ebenfalls rechter Sympathien beschuldigt, konnten sich aber erfolgreich dagegen zur Wehr setzen. Die Upstarts traten ebenfalls auf antifaschistischen Festivals auf.

Die Cockney Rejects, 1979 gegründet, wurden das nächste Opfer. Sie gingen in die Musikgeschichte ein, indem sie die 'Street-Music' auf den Namen Oi!-Musik tauften - die Bezeichnung Oi! stammt aus ihrem Song Oi!oi!oi!. **Garry Bushell**, der ehemalige Manager der Rejects und Journalist bei der mittlerweile nicht mehr erscheinenden Musik-Wochenzeitschrift „Sounds", brachte die neuen Street-Punk Bands unter dem Oberbegriff Oi! zusammen. Im November 1980 überredete er die Plattenfirma „EMI" und „Sounds", das Album „OI The Album" zu veröffentlichen. Im Anschluß gab es mehrere Oi-Sampler und Konzerte. Trotz aller Versuche unpolitisch zu bleiben, war die Oi!-Bewegung durch die rechtsradikalen politischen Ansichten vieler Fans, manchmal auch der Bandmitglieder immer etwas zwielichtig. Für diejenigen Skins, die darauf erpicht waren, für Rasse und Nation zu kämpfen, war die Wiedergeburt von **Skrewdriver** sicherlich ein Meilenstein. Skrewdriver hatte sich im Sommer 1978 aufgelöst. Ihre Weigerung, sich von ihren rassistischen und rechtsextremen Fans zu distanzieren, hatte sie Publicity, Auftrittsmöglichkeiten und Plattenvertrag gekostet. In Blackpool trat Bandleader **Ian Stuart Donaldson** der National Front bei, bevor er nach Manchester und später nach London umzog, wo er die Band jeweils reformierte. Skrewdriver bezog jetzt offen Stellung mit Titeln wie „White Power" und „Smash the I.R.A". Skrewdriver veröffentlichte ihr zweites Album und alle folgenden auf dem Plattenlabel **„Rock-O-Rama"**, womit eine weite Verbreitung ihrer Platten möglich wurde. Die Neugründung von Skrewdriver hatte Signalwirkung für die Gründung weiterer offen nationalistischer Bands wie **Brutal Attack**, **Die Hard**, **No Remorse** usw. Um Skrewdriver entstand unter dem Namen **„Blood and Honour"** ein regelrechtes Netzwerk faschistischer Skinbands mit Verbindungen u.a. nach Skandinavien, den USA und Deutschland. Beispielsweise ging Donaldson 1992 mit der deutschen faschistischen Skinband **Störkraft** als Vorgruppe auf Tour. Damals konnten Mitglieder von Skrewdriver nicht nach Deutschland einreisen, weil ihnen ein Prozeß wegen einer Messerstecherei in Cottbus drohte. Dabei wurde ein junger Antifaschist schwer verletzt.

SHARP

Mitte der 80er Jahre ging eine Spaltung durch die Skinhead-Szene, als viele Skins an die Traditionen der 60er Jahre anknüpften. 1986 wurde in New York **Skinhead Against Racial Prejudice (S.H.A.R.P.)** gegründet und die Idee nach Großbritannien und Irland importiert. Als weiteres Sammelbecken antirassistischer Skinheads entstanden Gruppen der **Red Skins**, die sich unter dem Motto „Neither Washington nor Moscow, but international Socialism" zusammenfanden. In den Städten Glasgow, Plymouth, Cardiff und Newcastle sowie in Dublin setzten sich die nicht rassistischen Skins gegen die rassistisch motivierten durch. Seitdem beteiligen sich viele Skins in Großbritannien und Irland an antirassistischen Aktionen. Das Abrücken von rechter Politik wird auch durch die Rückkehr von Oi! bestärkt. Ende der 80er Jahre war der Skinhead-Kult im Ausland stärker als in Großbritannien selbst. Besonders in Deutschland gewannen die rechten Skinheads im Zuge des immer stärker werdenden Rassismus an Zulauf.

(In der nächsten Ausgabe geht's weiter mit einem Überblick über rechte Bands in Deutschland.)

Im Frühjahr 1995 outete der frühere Rektor der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH) „Hans Schwerte" seine wahre Identität: SS-Hauptsturmführer Hans Ernst Schneider. Die Hochschule reagierte mit Ausflüchten und Verharmlosungen. Schneider erschien als Einzeltäter, der alle hintergangen und seine NS-Vergangenheit durch verschiedene linksliberale Schriften wiedergutgemacht habe. Seine aktive Einbeziehung in die „Aufklärung" wurde ernsthaft erwogen.

Der Fall Schneider - ein Fall Wissenschaft

So begannen wie (eine handvoll Leute aus der Fachschaft Philosophie und der Zeitung „Loch in der Zensur") mit eigenen Nachforschungen. Kaum angefangen, befanden wir uns bereits auf historisch unerforschtem Gebiet und waren auf Archivarbeit angewiesen. Wir können nun sagen:

Erstens: Die Aachener Hochschule diente einem der wichtigsten Wissenschaftsfunktionäre der SS mit Wissen zahlreicher Hochschulangehöriger zum Untertauchen und zur Weiterarbeit.

Zweitens: Die Weiterarbeit eines SS-Wissenschaftsfunktionärs war in Teilen der deutschen Wissenschaft auch außerhalb Aachens kein Geheimnis.

Drittens: Schneider konnte aufgrund seiner Tätigkeit vor 1945 auch mit staatlicher Rückendeckung rechnen.

Viertens wurden Übergänge und Überschneidungen zwischen SS-Ideologie, Neofaschismus und Linksliberalismus sichtbar.

Schließlich stießen wir im Rahmen der Recherchen auf Fakten, die im 125. Jubeljahr das bisherige Bild der RWTH-Geschichte (und der Stadt Aachen) im Faschismus revidieren: Die nach Eigendarstellung dem Nationalsozialismus fern stehende nationalkonservative Techniker-Uni entpuppte sich als aggressiver Brückenkopf der deutschen Westexpansion unter SS-Führung.

Wissenschaftsfunktionär und Europastratege der SS

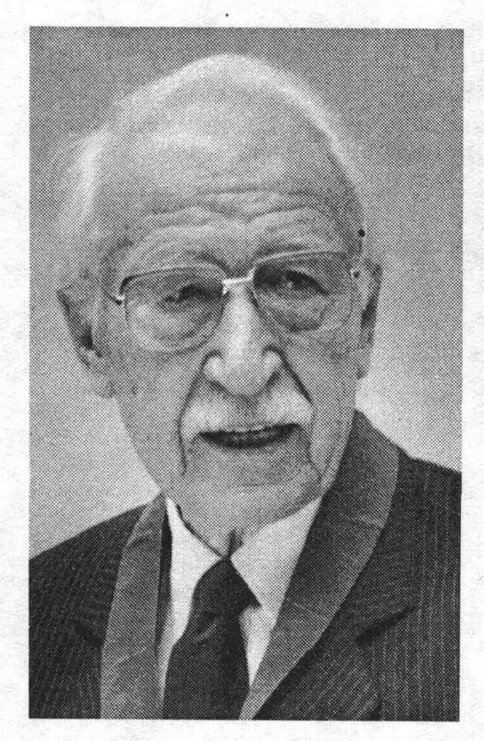
Hans Ernst Schneider (geb. 15.12.09 im damaligen Königsberg) trat 1932 dem NS-Studentenbund, nach der Machtübergabe der SA bei und begann eine Karriere als „volkstumspolitischer" Funktionär in der NS-Gliederung „Kraft durch Freude" und der Organisation „Volkstum und Heimat". Nach Abschluß seines Studiums trat er 1937 der SS bei, wo er vermutlich im SD-Funktionär **Franz Alfred Six** einen einflußreichen Förderer fand. Zunächst wurde er vorübergehend im **Rasse- und Siedlungshauptamt** der SS eingesetzt. Nach durchlaufener Probezeit war er sowohl in der SS-Wissenschaftsorganisation **Ahnenerbe** als auch für den Sicherheitsdienst (SD) der SS tätig. Seit dem Anschluß Österreichs wurde er speziell zum Aufbau von SS-Außenstellen in den besetzten Gebieten und in der Ahnenerbe-Publizistik eingesetzt. Er übernahm die Schriftleitung die Zeitschrift **Die Weltliteratur** und baut sie zum scheinbar unabhängigen, tatsächlich jedoch programmatischen Organ einer SS-Kultur- und Geisteswissenschaftspolitik aus.

Nach der Besetzung der Niederlande und Belgiens im Mai 1940 wechselte Schneider nach Den Haag, wo er dem Höheren SS- und Polizeiführer unterstand und für das Ahnenerbe ein Netz kollaborierender Tarnorganisationen aufbaute. Mit ihrer Hilfe bereitete Schneider wie eine Spinne im Netz u.a. eine „rassenhygienische" Selektion der niederländischen Bevölkerung vor, entwarf im Auftrag **Himmlers** eine Werbekampagne für „germanische" SiedlerInnen im Vorfeld des „Generalplan Ost", arbeitete mit dem SD zusammen und gründete zahlreiche Propagandazeitschriften (**Hamer**, **Storm**, **Volksche Wacht** u.a.). Im Mittelpunkt stand jedoch die Umsetzung des SS-Europamodells eines „germanischen Reiches" als Machtkern eines europäischen Zusammenschlusses: ein solches Modell bildet - in seinen verschiedenen Variationen - bis heute den Kern seiner Aktivitäten.

Zugleich war Schneider in die **Germanische Freiwilligen-Leitstelle**, die dem SS-Hauptamt unterstand, eingebunden. Diese Organisation war aufs engste mit dem Ahnenerbe verflochten und sorgte für die Freiwilligen-Rekrutierung und den Aufbau „germanischer" Waffen-SS-Divisionen (wie z.B. **Wiking**, auf die sich die **Wiking-Jugend** bezieht, oder die Division **Wallonien** des Faschistenführers **Léon Degrelle**). Schneider wirkte u.a. maßgeblich bei der ideologischen Ausrichtung dieser Divisionen mit.

Der größte Teil dieses Aufgabenpakets wurde 1942 zur Abteilung „Germanischer Wissenschaftseinsatz" im Ahnenerbe unter Schneiders Leitung zusammengefaßt und auf das gesamte „germanische" Ausland ausgedehnt. Er kontrollierte nun von Berlin aus die gesamte Tätigkeit der SS-Wissenschaft in diesen Ländern, verfügte dort über eigene Statthalter und unterstand unmittelbar den Ahnenerbe-Chefs **Wolfgang Sievers** und **Prof. Walter Wüst**. Er war damit zu einem auf europäischer Ebene tätigen Wissenschaftsfunktionär geworden und organisierte die Zusammenarbeit mit kollaborierenden Wissenschaftlern.

Parallel hierzu arbeitete Schneider aufs engste mit dem SD zusammen. Im Oktober 1941 erhielt er das nicht gerade unbedeutende Angebot, die „Abteilung Wissenschaft" im SD-Hauptamt zu übernehmen. Es scheiterte lediglich daran, daß Ahnenerbe-Chef Sievers ihn nicht abgeben wollte. Als Leiter der SD-Abteilung hätte Schneider über den SD die gesamte deutsche Wissenschaft kontrolliert, über ein riesiges Netz von SD-Wissenschaftlern verfügt und wäre als einer der einflußreichsten



Schneider als Prof. Hans Schwerte ...

Wissenschaftsfunktionäre der SS schlechthin etabliert worden. Die Abteilung unterstand ihrerseits der SD-Abteilung „Kultur" unter Leitung **Wilhelm Spenglers**, mit dem Schneider nicht nur eine persönliche Freundschaft, sondern auch eine intensive politische Zusammenarbeit vor und nach 1945 verband. Das gleicht galt für den Leiter der SD-Abteilung „Volkskunde" **Hans Rößner**, der ebenfalls Spengler unterstand. 1944 wurde Schneider sogar als Vertreter Rößners im SD vorgeschlagen, wozu es jedoch auch diesmal nicht kam. Leiter der Abteilung Wissenschaft wurde an Schneiders Stelle der ebenfalls aus Königsberg stammende **Ernst Turowaki**, der 1945 im übrigen ebenso spurlos verschwand wie - scheinbar - sein Bekannter Schneider.

Nachdem die Befreiung der besetzten Länder Schneiders „Germanischem Wissenschaftseinsatz" Ende 1944 gewissermaßen den Boden entzogen hatte, konzentrierte dieser seine Tätigkeit auf den SD bzw. das Reichssicherheitshauptamt, in dem die Führungen von SD, Gestapo und Polizei zusammengefaßt waren. Er war zu diesem Zeitpunkt in seiner Ahnenerbe-Funktion bereits für den gesamten Forschungsbereich der SS zuständig. Sein engster Berliner Mitarbeiter **Hans Schwalm** übernahm nun den Bereich der „politischen Planung" der SS, d.h. er sollte es organisieren, „die Grundlagen unserer zukünftigen Politik systematisch und konstruktiv zu bearbeiten, ohne selbst bereits Entscheidungen zu fällen. Sie [die Planung] muß daher alle möglichen Entwicklungen einkalkulieren und sich darauf einstellen." (Sitzungsprotokoll, Okt. 1944). Wenig später wurde dies zur neuen Hauptaufgabe des „Germanischen Wissenschaftseinsatzes" erklärt. Kurz darauf übernahm das Gespann Schneider-Schwalm auf Initiative der SD-Abteilungsleiter Spengler und Rößner das Projekt „Einsatz der Geisteswissenschaften" und legte ein Konzeptpapier („Totaler Kriegseinsatz der Wissenschaft") vor, das nichts geringeres als eine bis dahin nicht gekannte Zentralisierung der gesamten Wissenschaft durch die SS sowie die Zentralisierung der SS-Wissenschaft in eben diesem Projekt Schneiders vorsah. Die so geschaffene Organisation hätte, so Schneider weiter, nach Kriegsende in einem „Germanischen Reichsinstitut" als allumfassender Wissenschaftszentrale der SS münden können.

Auf dieser Grundlage arbeitete Schneider Anfang 1945 mit den Spitzen der politischen Planungs"elite" der SS zusammen. Es ging um die Frage einer deutschen Nachkriegspolitik im Fall eines Friedensschlusses (Himmler strebte zu dieser Zeit einen Separatfrieden mit den Westalliierten und eine Regierungsübernahme an) oder einer Niederlage. Im Mittelpunkt stand die Anpassung des SS-Europagedankens an die zu erwartende Nachkriegsrealität. In einem groß angelegten Forschungsprojekt sollte „die geistige Lage in den europäischen Ländern" erfaßt und die „für die Führungsschichten der europäischen Völker tatsächlich bestimmenden ideologischen Leitbilder nach Wesen und Herkunft und die Struktur ihrer politischen Vorstellungswelt" (Schneider/Schwalm) analysiert werden, um Anknüpfungspunkte für eine revidierte Europapolitik aufzuzeigen. Es war ein Großprojekt, das Schneider neun Jahre später - 1954 - zusammen mit SD-Abteilungsleiter Spengler doch noch in die Tat umsetzen sollte.

Die Europastrategen, mit denen Schneider nun in immer engerem Kontakt stand, fanden samt ihrer politischen Modelle durchweg Eingang in die spätere BRD: So z.B. Schneiders langjähriger Förderer Franz Alfred Six, der inzwischen vom SD-Hauptamt ins Auswärtige Amt gewechselt hat. Schneider wird in die Tätigkeit des von Six geleiteten „Europaseminars" eingeweiht, wo Spitzenvertreter aller relevanten NS-Gliederungen, Ministerien, Wissenschaft, Industriekonzerne und Banken zusammenarbeiten. Six war nach 1945 - trotz Verurteilung als Kriegsverbrecher - in neofaschistischen Gruppen aktiv, arbeitete für den BND und dozierte bis zu seinem Tod an einer der größten europäischen Managerschulen, der von Himmler-Mitarbeiter **Reinhard Höhn** sicher nicht zufällig gerade in Bad Harzburg gegründeten „Akademie der Führungskräfte der Wirtschaft". Von den zahlreichen Mitgliedern des „Europaseminars" sei exemplarisch der heute hoch dekorierte **Wilhelm Grewe** erwähnt, der auch an einer programmatischen Europa-Nummer von Schneiders Zeitschrift Die Weltliteratur mitgewirkt hatte und es nach 1945 zum bundesdeutschen Botschafter in den USA, bei der Nato und in Japan brachte. **Alexander Dolezalek**, dem Schneiders Nachkriegsplanungen im SS-Hauptamt unterstanden und der mit dem Verzicht auf einen festen Führungskern das wohl weitreichendste Europamodell der SS entworfen hatte, baute nach 1945 mit dem **Gesamteuropäischen Bildungswerk** in Vlotho eine von der Bundesregierung bis heute finanzierte Kaderschmiede auf.

Identitätswechsel und Weiterarbeit nach 1945

Über Schneiders Tätigkeit von März bis Mai 1945 ist nichts bekannt. Er selbst behauptet, die ihm zugänglichen Unterlagen verbrannt und mit „einigen Kameraden", die auch in den Identitätswechsel eingeweiht gewesen seien und z.T. bis heute zu ihm stünden, eine Weiterarbeit zum Neuaufbau Deutschlands beschlossen und dies

durch einen feierlichen Schwur besiegelt zu haben. Dies entspräche in etwa dem, was 1945 tatsächlich sein Job war. Als Datum des Identitäswechsels wird der 1. Mai 1945 angegeben, der Tag, an dem Himmlers Versuch einer Regierungsübernahme endgültig scheiterte.

Es bedarf keiner besonderen Phantasie, sich das Kontaktnetz vorzustellen, auf das der Wissenschaftsfunktionär nach der Kapitulation zurückgreifen konnte. Es reichte von der politischen Planungselite über geheimdienstlich weiterhin aktive SD-Funktionäre bis zu zahllosen Wissenschaftlern an den meisten bedeutenderen Universitäten.

Ende 1945 begann Schneider in Hamburg unter dem Decknamen Hans Schwerte ein zweites Studium, das er sehr bald bei einem alten Bekannten, dem Erlanger Germanisten **Heinz-Otto Burger**, fortsetzte. In einem von Burger herausgegebenen Grundsatzwerk der deutschen Literaturgeschichte verfaßte Schneider 1952 ein entscheidenden Kapitel zur Rehabilitation der NS-Literatur.

1954 erschien im Oldenburger **Stalling-Verlag** sein neofaschistisches Hauptwerk, die (nach drei Bänden vorzeitig eingestellte) Europa-Buchreihe „Gestalter unserer Zeit". Sein Mitherausgeber war ein alter Freund: der zwischenzeitlich im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß vorgeladene SD-Abteilungsleiter Wilhelm Spengler. Dieser gehörte ab 1951 dem Vorstand der **Stillen Hilfe** und war für deren Pressearbeit, die im wesentlichen aus der Rehabilitation von NS-Verbreche(r)n bestand, zuständig - eine für Schneider sicherlich in jeglicher Hinsicht hilfreiche Verbindung. Dritter im Bunde war der bis 1943 als Verlagslektor bei Stalling tätigt ehemalige SD-Funktionär Hans Rößner, später Verlagsleiter bei Piper, heute Rentner in München.

Inhaltlich wirkt die Buchreihe wie die Umsetzung des Forschungsprogramms von Anfang 1945: Es ist die Auswertung der „geistigen Lage" der europäischen „Führungsschichten" als Basis eines europäischen Zusammenschlusses mit „germanischem" Kern, getragen von einem modernisierten völkischen Massenbewußtsein. Neben einigen wenigen fortschrittlichen „Dichtern und Deutern im heutigen Europa" wurden konservative und faschistische Vordenker hervorgehoben. Unter den Autoren der Einzelbeiträge befanden sich neben konservativen Exil-Autoren auch Vertreter der historischen „Konservativen Revolution" (wie **Hans Zehrer**) und Vordenker der Neuen Rechten (wie **Armin Mohler**). Schwerte selbst läßt die Gelegenheit nicht aus, in aller Breite über das - so wörtlich - „Doppelleben" als Erscheinungsbild des zeitgenössischen Menschen zu philosophieren. Das ideologische Ziel des Projektes liegt auf der Hand und gleicht ähnlichen, teilweise sogar von früheren Mitarbeitern Schneiders in Angriff genommen wissenschaftsstrategischen Publikationen.

Seit Ende der 50er Jahre verband Schneider die Modernisierung des Europagedankens mit der Anwendung ideologiekritischer (effizienterer) Forschungsmethoden, was ausreichte, ihm den Ruf eines linksliberalen Vordenkers einzubringen. Schriften aus dieser Phase sind durch eine Verbindung elitärer Grundelemente mit sozialliberalen Reformmethoden gekennzeichnet. 1964 wurde er an die RWTH berufen, leitete das Germanistische Institut und wurde 1970 mit Unterstützung der linken Studierenden gegen einen rechten Gegenkandidaten zum Rektor (bis 1973). Von 1974 bis 1981 war er als Landesbeauftragter für die Pflege und Förderung der Beziehungen zwischen den Hochschulen von NRW, Belgien und den Niederlanden wieder in seinem alten Einsatzbereich tätig. Er nahm gemeinsam mit **Johannes Rau** an einem Staatsbesuch in den Niederlanden teil und fuhr mit **Herbert Schnoor** in Urlaub. 1978 emeritiert, zog Schneider 1982 ins oberbayerische Aschau am Fuße der SS-Burg Hohenaschau, wurde ein Jahr später mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse dekoriert und 1990 zum Ehrensenator der RWTH ernannt.

Seit seiner Berufung nach Aachen waren die NS-Vergangenheit und die Identität Schneiders an der Hochschule zu-



... und als SS-Mann in Uniform

mindest intern ein offenes Geheimnis. Der Spottname „Schneider-Institut" für das Germanistische Insitut spricht ebenso für sich wie der Umstand, daß bereits in den 70er Jahren auf bundesweiten Kongressen über den neuen Aachener Rektor gemunkelt wurde. Ein SS-Wissenschaftsfunktionär von Schneiders Format konnte auch bundesweit schlicht und ergreifend kein Unbekannter sein...

Der unmittelbar nach der Enttarnung Schneiders durch seine Repressionsdrohungen gegen KritikerInnen hervorgetretene Germanist **Prof. Ludwig Jäger** räumte im Dezember 1995 erstmals öffentlich ein, daß Schneider 1964 mit Hilfe eines (nicht näher benannten) alten Kameraden sowie durch ein positives Gutachten eines weiteren Bekannten, des Münsteraner Germanisten **Prof. Günther Weydt**, nach Aachen berufen wurde. Möglicherweise war dies nicht die einzige Aachener Bekanntschaft Schneiders: So hatte der zusammen mit „Schwerte" an der Philosophischen Fakultät lehrende Raumplaner **Prof. Hermann Roloff** 1941 in Den Haag am gleichen Projekt wie dieser - der Anwerbung „germanischer"

SiedlerInnen im Auftrag Himmlers - gearbeitet und ab 1943 von der RWTH aus die gesamte Raumplanung der Niederlande im Rahmen eines „europäischen Raumforschungsprogramms" des SD koordiniert. Auch „Schwertes" ultrarechter RWTH-Kollege **Prof. Arnold Gehlen** (ein Verwandter des BND-Gründers **Reinhard Gehlen**) hatte, wie neue Recherchen ergaben, engen Kontakt zur SS, dem Ahnenerbe und der Wissenschaftskontrolle des SD. Mit dem SS-Altrektor **Alfred Buntru** war gemeinsam mit „Schwerte" nicht nur derjenige an der RWTH weiter aktiv, in dessen Amtszeit eine direkte Aufbauhilfe der Hochschule für die niederländischen Ahnenerbe-Tarnvereine Schneiders fiel, sondern auch ein als stellvertretender Reichsdozentenführer einflußreicher SS-Wissenschaftsfunktionär. Schneiders Aachener Hausnachbar **Prof. Alfred Böttcher** hatte als SS-Obersturmführer bei der Beschlagnahme atomrüstungsrelevanter Geräte in den Niederlanden zumindest mittelbar in Kontakt zu Schneider gestanden. Nach 1945 wurde er Direktor bei Degussa, ab 1958 RWTH-Professor, von 1960 bis 70 wissenschaftlicher Geschäftsführer der Kernforschungsanlage Jülich (KFA) und anschließend bis 1993 Koordinator für bilaterale Zusammenarbeit des Bundesministeriums für Forschung und Technologie. Der „Fall Böttcher" sorgte im Windschatten der Enttarnung Schneiders und der neu entdeckten SS-Nähe Gehlens für einen weiteren lokalen NS-Skandal.

Die Enttarnung Schneiders

Daß es ausgerechnet 17 Jahre nach Schneiders Emeritierung noch zur Enttarnung kam, ist einem außer Kontrolle geratenen Konflikt um die Neubesetzung einer Komparatistik-Professor zu verdanken. Die Mehrheit der Professoren der Berufungskommission hatte seit 1994 mit allen Mitteln versucht, die Berufung des Kandidaten **Earl Jeffrey Richards** zu verhindern, der auf Dokumente über Schneider gestoßen war und sich beim Simon Wiesenthal-Zentrum um eine Aufklärung bemühte. Diese Materialien waren zugleich die Grundlage der Enttarnung Schneiders in der Sendung des niederländischen Fernsehmagazins Branpunt vom 29. April 1995. Vorausgegangen war eine fast einjährige Diskussion in verschiedenen RWTH-Gremien (Rektorat, Redaktionsausschuß der 125-Jahres-Festschrift, Berufungskommission Komparatistik, Professorium und Dekanat der Philosophischen Fakultät) sowie im Düsseldorfer Wissenschaftsministerium, wie einer Enttarnung Schneiders vorzubeugen sei. Von Sommer bis Herbst 1994 stellte die Hochschule der Form halber Nachforschungen in mehreren Archiven an, die jedoch von vornherein so angelegt waren, daß sie keine Ergebnisse bringen konnten, was dann als „Entwarnung" nach Düsseldorf gemeldet wurde. Ein einzelner Professor, der die Aufklärungsversuche unterstützte, wurde durch Rektor **Prof. Klaus Habetha** mit Verleumdungsanzeigen bedroht und vorgelegte Dokumente ignoriert. Als die Enttarnung unmittelbar bevorstand, klärte die Hochschulleitung das weitere Vorgehen sowohl mit Düsseldorf als auch mit Schneider ab, der der Enttarnung mit einer äußerst lückenhaften und von der Hochschule zusätzlich verharmlosten „Selbstanzeige" zuvorkam. Im daraufhin einsetzenden Medienrummel wurde jegliche Mitwisserschaft kategorisch abgestritten. Kritischen Nachfragen wurde mit Ausflüchten, falschen Spuren, Diffamierungen Dritter oder blanker Repression geantwortet. Die erfolgreiche Verhinderung eines Auftritts des neofaschistischen Vordenkers **Prof. Günther Rohrmoser** im Juli 1995 bot den willkommenen Anlaß, studentische KritikerInnen mit Anzeigen und - recht einmalig in NRW - Zwangsexmatrikulationsdrohungen zu beglükken. Zur Jubiläumsfeier der Hochschule im Oktober 1995 wurden Ruhe und Ordnung mit Schwarzen Sheriffs und einer gleichgeschalteten Regionalpresse simuliert und die (hier im wesentlichen zusammengefaßten) neuen Rechercheergebnisse nahezu vollständig unter den Tisch gekehrt. Rektor Habetha erklärte, sekundiert von einem opportunistischen AStA, die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zur unnützen Beschäftigung mit „Scheinproblemen der Vergangenheit" und forderte, stattdessen ungehemmt in die neuen Technologien einzusteigen. Erst, als Hans Ernst Schneider in Begleitung der Professoren Gehlen und Buntru - von AntifaschistInnen täuschend echt dargestellt - zum Festakt erschienen, wurde das Schweigen wieder durchbrochen. Die Hochschule bemüht sich seitdem, mit einer von Blamagen begleiteten Vorlesungsreihe zumindest eine diffuse Auseinandersetzung mit der NS-Wissenschaft zu demonstrieren und einen Teil ihrer Verstrickungen einzugestehen. Vor der namentlichen Offenlegung der NS-Seilschaft, die Schneider nach Aachen geholt hat, scheut sie bis heute zurück. Wen wunderts? Soviel ist klar: Eine konsequente weitere Aufarbeitung dürfte noch den einen oder anderen unerwünschten Einblick in die Kontinuität der deutschen Wissenschaft gewähren. Beziehungen, Personen und Strukturen würden sichtbar, die keineswegs vergangen, sondern teilweise bis heute wirksam sind.

Quellen und Literatur:

Dokumente: SS-Personalakte Schneiders, ehem. Berlin Document Center; Akten des Höheren SS- und Polizeiführers Niederlande, RIOD Amsterdam; ausgewählte Dokumente unter Stichwort Schneider, Institut für Zeitgeschichte München

Gerd Simon: „Ihr Mann ist tot und läßt sie grüßen", Vortragsmanuskript zur Karriere Schneiders im Rahmen der Aktionswoche „Kein Fortschritt in dieser Tradition" anläßlich des RWTH-Jubiläums, Okt. 95

Fachschaft Philosophie (Hg.): „Die Feierlichkeiten sind nicht betroffen", Broschüre zum Fall Schneider, Okt. 95

Ralf Schröder/Frank Renkewitz: „Braune Blitzkarriere", Rechercheergebnise zu Arnold Gehlen, in: klenkes, Sept. 95

Ein Loch in der Zensur, Mai - Dez. 95

Wie aus Opfern Täter gemacht werden

„Ein fremdenfeindlicher Hintergrund kann ausgeschlossen werden". Wer kennt sie nicht. Diese Stereotype, die nur allzuoft von den Medien verkündigt wird, wenn wieder einmal eine Flüchtlingsunterkunft, ein Haus in denen Obdachlose oder AusländerInnen wohnen in Flammen aufgegangen ist. Wenn über Brandanschläge überhaupt noch berichtet wird, dann in diesem Tenor. Manchmal zusätzlich garniert mit Hinweisen auf angebliche Fahrlässigkeit seitens der MieterInnen, Streit unter den BewohnerInnen oder mutmaßlich Betrugverdacht gegen diese. Beruhigt können sich alle zurücklehnen. Die Bevölkerung nach dem Motto: Wieder mal falscher Alarm. Von wegen Rassismus in der BRD. Alles halb so schlimm. Kein Grund zur Aufregung. Und überhaupt. Vielleicht haben diese Ausländer selbst? Wer weiß? Denen ist ja alles.... Die „unabhängige" Presse lehnt sich in ihrer journalistischen „Sorgfaltspflicht" zurück. Die Behörden in dem Bewußtsein,"alles" getan zu haben und ihren „Pflichten nachgekommen" zu sein. Und die PolitikerInnen in dem Bewußtsein, daß die Saat ihrer rassistischen Hetze gegen Flüchtlinge und AusländerInnen aufgeht. Die Einzigen die sich nicht zurücklehnen können, sind die Angegriffenen. Materiell und psychisch auf jeden Fall geschädigt, sind manche gerade noch einmal mit dem Leben davongekommen. Sie, ihr Leben, ihre Existenz interessiert niemanden. Was interessiert ist die Entlastung der Deutschen und Deutschlands. Und dies geht soweit, sie obendrein noch zu TäterInnen zu stempeln. So in dem Fall des Brandanschlags in Hattingen. (siehe NRW **Zeitung** 2 u. 3/1993)

Eine Woche nach dem Anschlag in Solingen, am 5.6.1993, wurde in dem Haus einer türkischen Familie acht verschiedene Brandherde gelegt. Der türkischen Frau und ihren fünf Kindern gelang es gerade noch, das Haus zu verlassen. Der Schock saß nicht nur bei der Familie tief. Auch zahlreiche Leute aus Hattingen bekundeten ihr Solidarität. Diese dauerte aber nur einige Tage an, bis die Essener Staatsanwaltschaft mit einer perfiden Presseerklärung die Mutter unter den Verdacht stellte, die Brände selber gelegt zu haben. An den kriminaltechnischen Erkenntnissen vorbei, ohne Indizien, ohne der Frau ein Motiv nachweisen zu können und mit skandalösen Nichtermittlungen von Fremdtätern äußerte die Staatsanwaltschaft diesen Verdacht und machte der Familie damit das Leben in Hattingen zur Hölle. Diese hielt es dort nicht mehr aus und zog weg. Die Essener Staatsanwaltschaft versucht nun , zweieinhalb Jahre später, eine Verurteilung der Frau vor dem Essener Landgericht zu bewirken und klagt sie der schweren Brandstiftung an. Um der typisch deutschen Vergangenheits- und Gegenwartsbewältigung entgegenzuwirken, Öffentlichkeit herzustellen und der türkischen Familie Solidarität zu bekunden, hat sich eine Gruppe zu diesem Prozeß gebildet. Sie ruft zu Prozessbesuchen am 20. und 22.Febr, 1, 5, 7, 12, 15 und 19 März 1996, jeweils um 9.00 Uhr, im Landgericht Essen, Zweigertstr. 52, 45117 Essen, Saal 101, auf .



Hattingen, Unionsstr.20

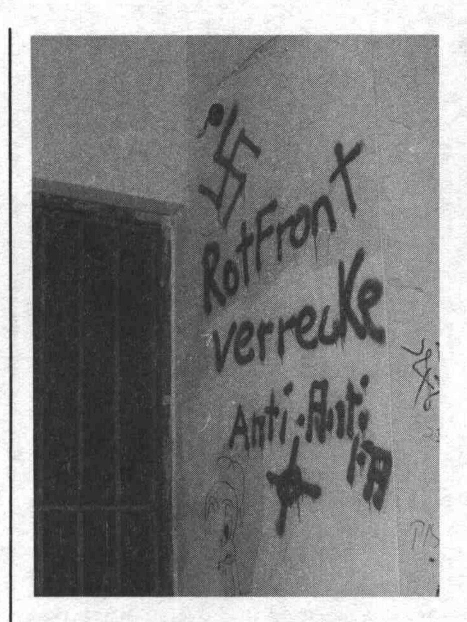
Faschistische Sprühaktion geahndet

Vor dem Bochumer Gericht hatten am 26.10. 1995 drei Jugendliche und ein Erwachsener sich für eine faschistische Sprühaktion aus dem November 1994 in Witten zu verantworten.

Matthias Berenberg, Thorsten Waue, Martin Richter und **Nicol Buse** waren am 15.11.1994 nach einem Kameradschaftstreffen im Lenkkrug ausgezogen und hatten das Mahnmal im Lutterpark, das Diakonissenhaus, die Schlachthofstr., das Wittener Frauenhaus und den jüdischen Friedhof, wahlweise mit SS- und SA- Emblemen, Keltenkreuzen, Hakenkreuzen, „**Anti - Antifa**", „Rotfront verrecke" und „**Juda verrecke**" besprüht. Sowie FAP und „Anti - Antifa"aufkleber geklebt. Die Polizei erwischte sie. Nicol Buse schien dies noch nicht zu reichen und so besprühte sie am nächsten Tag die nahegelegene Schule noch einmal mit „Juda verrecke". Neben diesen Tatumständen, stand die Beteiligung Waue`s an einer Transparentaktion zum Todestag Rudolf Hess 1994, das mehrmalige Zeigen des „deutschen Grußes" durch Berenberg u.ä. zur Debatte.

Ihr Format stellten die vier, alle schon wegen diversester krimineller Kleindelikte vorbestraft, prächtig zur Schau. Sie bezichtigten sich reihum gegenseitig, die Taten begangen zu haben.

Martin Richter, 15 Jahre, und Nicol Buse, 18 Jahre, erhielten nach dem Jugendstrafgesetz je 6 Monate auf Bewährung. Der 20 jährige Bundeswehrsoldat Thorsten Waue bekam, zuzüglich der 6 Monate, die er noch auf Bewährung offen hatte, 9 Monate. Also insgesamt 15 Monate, ohne Bewährung. Nur der 22 jährige Berenberg wurde nach dem Erwachsenenrecht abgeurteilt. Er kassierte 9 Monate ohne Bewährung. Aber das macht den Kohl ohnehin nicht fett. Berenberg, schon vorbestraft wegen vorsätzlicher, gefährlicher Körperverletzung, sitzt

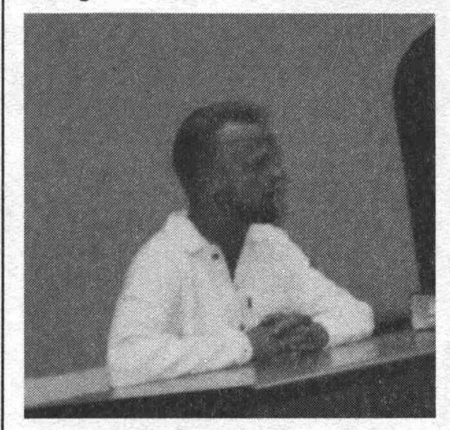


Frauenhaus Witten

nämlich seit dem 18.8.1995 in U - Haft. Tatvorwurf: Versuchter Totschlag mit einem Messer.

„Excalibur Records"

Wegen Einführung, Bereithaltung und Vertrieb rechtsextremistischen Propagandamaterials wurden zwei Bochumer am 28.9.1995 verurteilt. **Christian Patzelt** und **Peter Kreß**. Kreß zu 14 Monaten und Patzelt zu 18 Monaten. Beide ohne Bewährung. Patzelt muß obendrein 800,- DM Ordnunggsstrafe bezahlen. Beide waren Inhaber der Patzelt/Kreß GbR, die seit dem 29.4.1994 auf beider Namen im Handelsregister eingetragen war. Ihre Firma nannten sie **„Excalibur Records"**, Versandhandel für Fan Artikel, T-Shirts und Tonträger. Vor allem auf Letzteres hatten sie sich verlegt. Mit Konto, Postfach, Bestelladresse in Bochum-Weitmar bei Kreß, eigenen Rechnungsformularen, Verkaufslisten, PC und büroähnlicher Ausstattung, sowie einem großen Vorrat an CDs und Platten, vertrieben sie rechtsradikale Musik aus der USA, Schweden, England und der BRD. Durch einen Fund am Düsseldorfer Zoll wurden die Ermittlungen gegen die Beiden ausgelöst und im September 1994 fanden in den Wohnungen der Beiden Hausdurchsuchungen statt. Dort fanden sich hunderte CDs, sortiert und verpackt, in Kartons oder Verkaufs- und Präsentationskisten, die die Beiden zu den diversen Konzerten faschistischer Bands mitzuschleppen pflegten. Bei Kreß fanden sich noch faschistische Schriftstücke und bei Patzelt Zierteller mit: „Ich schwöre Dir Adolf Hitler, meinen Führer,..", „Und wenn alle Untreu werden..." u.a., sowie ein Totschläger und eine Nebelgranate.



Christian Patzelt

Obwohl die Beiden durch die aus Faschistenprozessen bekannten Kölner Anwälte **Rotter** und **Schmidt Lehnhard** vertreten wurden und versuchten, den Großteil der CDs als Privatsammlung und sich selbst als unpolitisch zu verkaufen, gelang es ihnen nicht, dies Urteil zu umgehen. Staatsanwaltschaft und Richter führten sich den Inhalt der CDs akustisch zu Gemüte. Sie attestierten den Texten der CDs eine absolut üble rassistische Hetze, Aufstachelung zu Gewalt und Rassenhaß. Den Covers der meisten CDs war das Verwenden von Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen ebenso simpel nachzuweisen. Beide Angeklagten wurden als Brandstifter und Rädelsführer bezeichnet, die der Anwendung der Neufassung des Paragraphen zur Volksverhetzung aus zeitlichen Gründen gerade noch so eben entgangen seien. Patzelt sei, so das Urteil, überzeugter Neonazi und expliziter Kenner der faschistischen Musikszene. Kreß zumindest Sympathisant der Nazis. Das es sich bei Kreß nur um einen Sympathisanten handeln soll, ist in Frage zu stellen. Nicht nur, daß er, seinen eigenen Angaben nach, den Vertrieb weiter betreibt. Aus der **„Europa Vorn"** Ausgabe Nr.91 / Okt.1995 ist zu erfahren, daß es sich bei „Excalibur" obendrein um ein Label handelt und das Kreß eine Menge gute Kontakte in dieser Szene hat. Ob die Verurteilten Revision gegen das Urteil einlegten, ist nicht bekannt.

Rassistische Polizeiübergriffe

Über das rassistische Vorgehen Bochumer PolizistInnen gegenüber Menschen anderer Hautfarbe, ihre skandalösen (Nicht-)Ermittlungen bei Brandanschlägen in Bochum und Hattingen, ihr repressives Vorgehen gegen AntifaschistInnen und die Kungelei der politischen Polizei mit Nazis, haben wir schon des öfteren berichtet.

Da auch mittlerweile der „Stern" darüber berichtete, war es für den Bochumer Polizeipräsidenten **Thomas Wenner** endlich mal an der Zeit, sich schützend vor seine Untergebenen zu stellen und Korpsgeist zu beweisen. Schon bei seiner Antrittsrede vor ein paar Jahren hatte der Ex-Juso festgestellt: "Der Rassismus kommt nicht aus der Mitte der Gesellschaft". Und getreu dem Motto "Es gibt es nicht, was es nicht geben darf" stellte er im August die Wirklichkeit auf den Kopf und machte Opfer zu Täterinnen.



Bochums Polizeipräsident Wenner

Der Anlaß war das Vorgehen zweier Polizeibeamter gegen drei libanesische Mädchen am 6.August 1995 in Wattenscheid. Der internationale Frauenverein **MONA** warf den Beamten sexistisches und rassistisches Verhalten vor. Für Wenner war es hingegen ein klarer Fall. Der Vater im Knast wegen Drogenhandels. Die Kinder eine Bedrohung und Gefahr für die Nachbarschaft. Und zum Protest gegen die Polizei: "Die Polizei wird mißbraucht als Beispiel für den nicht existenten Repressionsstaat" und bei den KritikerInnen handele es sich um: "einen kleinen linken Zirkel mit einem selbstgeflochtenen Heiligenschein" (WAZ,18.8.1995). Um zu beweisen wie demokratisch sie gesinnt sei, präsentierte die Polizei der Presse am selben Tag noch das zufällige Ermittlungsergebnis gegen einen Nazi aus einigen Wochen zuvor. Selbst der Lokalpresse viel dieser Zusammenhang auf. Und kommentierte das Vorgehen der Poli-

zei dementsprechend. Derart von ihrem Chef bestärkt, zeigte die "Mitte der Gesellschaft", keine drei Monate später, erneut ihre Gesinnungslage. Sieben uniformiert Polizeibeamten stürmten einen Mensatisch der Bochumer Uni, beschuldigten vier perplexe marokkanische Bauingenieurstudenten des Diebstahls und gaben "Taschen aufmachen" von sich. Anlaß war die Anzeige einer Kassiererin aus dem Mensafoyer, die selbst den Diebstahl nicht gesehen hatte, sondern jemand Drittes als Zeugen angab. Die Studenten weigerten sich in der Mensa unter den Augen ihrer Kommilitoninnen als Diebe durchsucht zu werden. Sie folgten den Polizisten. Auf der Wache wurden aber nicht nur ihre Personalien festgestellt und ihre Sachen ergebnislos durchsucht. Ohne Beweis einer Straftat wurden die vier Studenten erkennungsdienstlich behandelt und mußten sich vor den Beamten nackt ausziehen. Der Kommentar des Polizeisprechers **Eckart Reister** in der WAZ vom 7.11.1995 dazu war der, daß dies „üblich" sei und die Studenten ja Anzeige gegen die „Zeugin" stellen könnten. Wer darin jetzt einen „Repressionsstaat" oder Rassismus sieht, ist nach Herr Wenner sicherlich auch wieder jemand "mit einem selbstgeflochtenem Heiligenschein".

Verteilerkreis des FFDs

Zum „erlauchten" Kreis des FFD - Verteilers gehörte auch der Wetzlarer Frauenarzt **Wolfgang Bohn** (49). Dies trat zutage, als dieser und **Ernst-Günther Kögel** (68), Herausgeber des rechtsextremistischen Blatts **„Deutschland, Schrift für neue Ordnung"**, im Prozeß wegen des Brandanschlags in



Michael Frank

Solingen eine falsche Fährte legen wollten. (taz 5.9.95)

„Freiheit Wattenscheid" Herausgeber verurteilt

Der Herausgeber der rechtsextremen Postille **„Freiheit Wattenscheid"**, Michael Frank, ist am 8.9.1995 wegen Beleidigung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und einem Verstoß gegen das NRW-Pressegesetz zu elf Monaten Freiheitsstrafe auf drei Jahre Bewährung verurteilt worden. Obendrein zu einer Geldstrafe von 6000,- DM. (RN - 9.9.1995) Der angebliche Zeitungsvolontär, dessen „FW"-Büro sich in der NPD-Landesgeschäftsstelle in Wattenscheid befindet, hatte widerrechtlich Akten eines noch nicht stattgefundenen Prozesses veröffentlicht und in dem Impressum der „FW" Nr.18 einerseits fiktive, andererseits historische Personen angeführt. So verantwortete Anne Frank die Ressource Satire und Märchen. Frank bezeichnete vor dem Gericht den im Impressum aufgeführten Gregor Strasser als Wirtschaftfachmann und den ebenfalls angeführten rumänischen Faschistenführer der 20er Jahre, Corneliu Codreanu, als Volkshelden. Er gab an, daß der Nationalsozialismus als Teil der deutschen Geschichte wertfrei zu beurteilen sei. Er strebe mit seiner Postille eine politisch, kulturelle Hegemonie an. Aus diesem Grunde gelte es Tabubrüche zu begehen, bis alles diskutierbar sei.

Bei dieser journalistischen Ausrichtung wundert es dann auch nicht, daß Frank als „Nationalrevolutionär mit ganzheitlicher Weltanschauung" für das „Pilotprojekt ... im 4.Jahr" der „nationalen Lokalzeitung "Freiheit Wattenscheid" in der „Jungen Freiheit 22/94" geworben hat. Verteidigt wurde Frank von einem Anwalt namens Petri. Dieser konnte, ohne richterliche Rüge, sogar soweit gehen, über ein Buch zu schwafeln, das die angebliche Fälschung des Tagebuchs der Anne Frank beweise.





Gute Böhse Onkelz?

Herzlich Willkommen

Am 21.11.1995 spielten die Böhsen Onkelz im Rahmen ihrer Deutschlandtournee vor 12500 ZuhörerInnen in der Dortmunder Westfalenhalle. „Herzlich Willkommen - Böhse Onkelz" stand auf einem riesigen Plakat am Eingang der Halle.

Ab dem späten Nachmittag war die Dortmunder Innenstadt, vor allem auch der Hauptbahnhof, bevölkert von mehr oder weniger angetrunkenen und grölenden KonzertbesucherInnen, darunter mehrere hundert Skinheads, von denen viele Deutschlandembleme trugen. Allerdings gab es kein organisiertes Auftreten von größeren Skingruppen, stattdessen zogen kleinere Grüppchen von der Innenstadt aus Richtung Westfalenhalle. Nur vereinzelt wurden Nazikader - wie etwa der Ex-FAP Landesvorsitzende 'Siggi' Borchardt, - unter den Konzertbesuchern beobachtet. Eine Stunde nach Konzertende war der Spuk glücklicherweise vorbei, ohne daß es zu Übergriffen durch Besuchern kam.

Im Vorfeld des Konzerts gab es kaum Widerstand gegen die Entscheidung der Leitung der Westfalenhalle, den Böhsen Onkelz die größte Halle zur Verfügung zu stellen. Lediglich von Seiten der VVN/BdA wurde schriftlich protestiert. Die Dortmunder Ratsfraktion der Grünen, die mit einem Sitz im Aufsichtsrat der Westfalenhallen AG vertreten sind, spielte dort die Angelegenheit herunter. Mit einem höflichen Wunsch - vorgetragen an die Westfalenhallen AG - nach einer gemeinsamen Pressekonferenz von Böhsen Onkelz und AntifaschistInnen war ihr Engagement erschöpft.

Ausgehend von dieser Situation und der im Vorfeld schwer einzuschätzenden Lage - wie aggressiv werden die KonzertbesucherInnen sein? - wurde von den Dortmunder AntifaschistInnen für den Abend eine defensive Strategie gewählt. Da eine Ver- bzw. Behinderung des Konzerts als nicht realistisch eingeschätzt wurde, beschränkten sich die AntifaschistInnen auf den Schutz von Flüchtlingsheimen und 'linken Einrichtungen'. Dabei wurde bewußt auf eine Provokation der KonzertbesucherInnen verzichtet, um eine Solidarisierung zwischen 'Mob' und Nazis zu vermeiden.

Mit scheinheiligen Liedern...

Jahrelang hat die seit 15 Jahren existierende Band Böhse Onkelz mit ihrer Musik faschistische Propaganda unter Jugendlichen verbreitet. Dazu zählen jede Menge nationalistische („Deutschland"), rassistische („Türkenvotze kahlrasiert") und sexistische Lieder („Mädchen"). Titel wie diese führten dazu, daß ihre Platte „Der nette Mann" auf den Index kam und nicht mehr vertrieben werden durfte. Noch heute haben diese älteren Titel in der Neonaziszene absoluten Kultstatus. In den Konzerten der Böhsen Onkelz war das Tragen rechtsradikaler Symbole und das Zeigen des Hitlergrußes an der Tagesordnung. In ihre Fußstapfen traten andere faschistische Bands wie z. B. Störkraft, Kraft durch Froide, Stuka.

Aber auch die Onkelz merkten irgendwann mal, daß der bisher belieferte Markt doch begrenzt ist und daß dort das große Geld nicht zu machen war. Prompt folgte die Wandlung der Böhsen Onkelz zu netten Jungs. „Jugendsünden" nennen sie ihre alten Lieder und sie sehen sich als Märtyrer, die von der bösen Presse verleumdet werden. Trotz ihrer verbalen Abkehr von ihrer Vergangenheit werden sie allerdings weiterhin von Musiksendern boykotiert (VIVA und MTV); ihre Platten werden von großen Handelsketten wie SATURN oder World of Music (WOM) nicht vertrieben. Dazu eine Stellungnahme der WOM-Geschäftsführung:

„Aus unserer Sicht steht eindeutig fest, daß der Bandname Böhse Onkelz in der rechten Szene Symbolkraft besitzt. Und genau diese Symbolwirkung des bis heute unveränderten Bandnamens, die die Band in ihrer Frühzeit durch gewaltverherrlichende und ausländerfeindliche Aussagen und Aufnahmen verursacht hat, trägt nach wie vor zu den hohen Verkaufszahlen ihrer Tonträger bei." und weiter *„....doch benutzt die Gruppe den Bandnamen weiter als ihr Markenzeichen und schlägt so aus den Sünden von einst Kapital. An der Kapitalisierung diese Markenzeichens wollen wir uns nicht beteiligen".*

Trotz dieser von uns geteilten Einschätzung wird das Image der Onkelz gerade auch durch 'linke' Kreise aufpoliert. Im Dezember 1992 organisierte Daniel Cohn-Bendit (grüner Dezernent für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt) in den Fraktionsräumen der Grünen eine Pressekonferenz für die Böhsen Onkelz in Frankfurt, angeblich um eine Debatte in Gang zu setzen und „Denkverbote" zu durchbrechen. Leider mit Erfolg - vielen Dank Danny!

In der EMMA wurde Anfang 1993 ein Interview mit Stephan Weidner von den Onkelz eingeleitet mit „... die Böhsen Onkelz sind keine lieben Neffen und wollen auch keine sein. Aber sie sind auch keine rechten Faschos ... Sie sind einfach genau die Jungs, für die sich die Demokratie angeblich so interessiert: Jungs, die es schwer hatten: Jungs, die mal Scheiße gebaut haben; Jungs, denen das heute leid tut und die einfach spannenden Rock machen."

Belegt wird das z. B. dadurch, daß einige der unverfänglichen neueren Onkelz Texte dem Text von „Ausländerhure" von Kraftschlag gegenübergestellt werden. Was sagen die Onkelz selbst dazu:

„Mit scheinheiligen Liedern erobern wir die Welt!"

Wenn die Vergangenheit der Onkelz so schön unter den Teppich gekehrt bzw. als Jugendsünde entschuldigt wird, wird stillschweigend so getan, als ob es für sie damals keine Handlungsalternativen gegeben hätte und sie zwangsläufig zu den Böhsen Onkelz wurden, die sich durch faschistische Lieder einen Namen machten. Weiterhin wird ignoriert, daß sie weiterhin durch Beibehalten dieses Namens von gerade dieser Vergangenheit profitieren. Keine Spur von einer ernsthaften Aufarbeitung ihrer Vergangenheit durch die Onkelz selbst - distanzieren ist ja einfacher.

Bei der Vergabe der Westfalenhalle konnte die Hallenleitung dann auch folgerichtig Referenzschreiben zitieren u.a. von der Ausländerbeauftragten der Stadt Bremen, die sich bei der Gruppe bedankt, daß sie bei einer Veranstaltung Rock gegen Rechts aufgetreten sind, und von dem DGB Minden, der betont, daß die Zusammenarbeit mit der Gruppe „äußerst erfreulich war" (WAZ, 6.10.95). Daß zu den Konzerten der Onkelz weiterhin von den Rechten mobilisiert wird und für ihre neue CD geworben wird (z. B. von der Dortmunder NPD), interessiert dann nicht mehr.

Da wir an den Erfahrungen anderer Gruppen / AntifaschistInnen interessiert sind, die sich mit den Onkelz Konzerten auseinandersetzen mußten, bitten wir um eine kurze Einschätzung. Schreibt bitte an die Zeitung oder an

Antifa Dortmund-Nord, c/o Buchladen Taranta Babu, Humboldtstr. 44, 44137 Dortmund

Anti-Antifa in Dortmund aktiv

Wie erst jetzt bekannt wurde versucht seit mehreren Monaten ein "Kamerad" der Dortmunder **"Anti-Antifa"**, an Informationen aus dem Antifaschistischen Spektrum zu kommen. Erstmals wurden AntifaschistInnen am Rande einer Antifa Aktion, am dritten September auf ihn aufmerksam. Dort versuchte er einzelne Antifas zu fotografieren. Anfang Januar wurde bekannt daß die gleiche Person seit mehreren Monaten in einem Linken Buchladen ein und aus ging. Bei seinen Besuchen kaufte er hauptsächlich die Antifaschistischen Nachrichten, die Antifa NRW Zeitung sowie das Ruhrgebiets Info. Der Buchhändler wurde vor allem auf ihn aufmerksam, weil er sich bei jedem Besuch ausgesprochen lange in dem Laden aufhielt und nur für die aktuellen Publikationen interessierte. Auf Nachfragen warum er sich den ausgerechnet für diese Zeitschriften interessiere und ob er den in einer Gruppe politisch arbeiten würde, versuchte er sich herauszureden und begründete sein Interesse mit seiner journalistischen Tätigkeit für eine Studentenzeitung, ansonsten sei er aber eher unpolitisch. Auch versuchte er mehrmals an die verbotenen Zeitschrift "Radikal" zu kommen.

Als er dann endgültig von einem anderen Kunden des Buchladen wiedererkannt wurde und von diesem und dem Buchhändler zur Rede gestellt wurde versuchte er sich herauszureden und beteuerte daß er nicht für die "Anti Antifa" arbeiten würde. Jedoch waren seine Ausreden eher schlecht Um so länger seine Unschuldsbekundungen andauerten um so mehr drängte er sich selbst in die Ecke, was dazu führte daß ihm nahegelegt wurde, nie wieder in diesem Laden zu erscheinen.

Richtigstellung

In der Ausgabe der "Antifaschistischen Zeitung NRW" Mai - Juli '95 war auf Seite 28 ein Bericht über die "Deutsche Liste im Kreis Recklinghausen" abgedruckt. Hierin wurde behauptet, daß Melanie Haupt 1990 als Fahrerin an dem Brandanschlag auf das Asylheim in der Langenbochumer Straße 371 in Herten beteiligt war und dafür zu 18 Monaten auf Bewährung und 150 Sozialstunden verurteilt worden sei.

Diese Darstellung ist falsch!

Zwar hat Melanie Haupt zur letzten Kommunalwahl für die Deutsche Liste in Herten kandidiert. Sie ist jeoch nicht identisch mit der Melanie H., die als Fahrerin an o.g. Brandanschlag beteiligt war.

Wir bedauern diesen Irrtum.

Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus

Mord im Hofgarten

Daß auch Schwule permanent von rechter Gewalt bedroht sind, hat sich in Düsseldorf wieder einmal auf übelste Art bestätigt. In der Nacht vom 2. auf den 3.11.95 wurde ein Düsseldorfer Innenarchitekt im Hofgarten in der Nähe eines bekannten Schwulentreffpunktes von einer vier- bis fünfköpfigen Gruppe kaltblütig mit mehreren Messerstichen ermordet. Wenige Minuten zuvor hatte die Gruppe bereits zwei andere Personen angegriffen und mit Faustschlägen und Tritten verletzt. Die Polizei konnte einen rechtsextremen Hintergrund nicht ausschließen und ermittelte u.a. auch in der Düsseldorfer neofaschistischen Szene. Das "Nationale Infotelefon Rheinland" berichtete am 7.11.95 von Besuchen des Polizeilichen Staatsschutzes in den Wohnungen und an den Arbeitsplätzen diverser "Kameraden" und beeilte sich, einen Grundkurs in Rechtshilfe zu geben. Am 5.12.95 nahm die Polizei vier Düsseldorfer zwischen 18 und 21 Jahren fest, die kurz danach ihre Beteiligung an dem Mord zugaben. Als Motiv gaben sie an, sie wollten "Schwule klatschen" gehen und hätten ihr Opfer getötet, um nicht Gefahr zu laufen, wiedererkannt zu werden. Laut Polizeiangaben seien die vier "keine typischen Rechtsradikalen, aber Menschen, die ein Weltbild haben, das nur Gut und Böse unterscheidet". Leider war bis Redaktionsschluß keine Erläuterung der Düsseldorfer Polizei zu vernehmen, was sie unter "typischen Rechtsradikalen" versteht.

Datensicherung I

Diverse Aktenordner mit insgesamt ca. 5.000 Aktenseiten mit Kundenlisten, Adresskarteien, Kontoauszügen etc. fielen am 22.10.1995 bei einem nächtlichen Besuch einer Lagerhalle in Langenfeld in die Hände eines antifaschistischen **"Kommando Conny Wessmann"**. Eigentümer der Unterlagen waren bis zu diesem Tag der Düsseldorfer Naziyuppie **Torsten Lemmer** und sein politischer "Ziehvater", der "Nationalverleger" **Kurt Winter**. Nachdem beide Ende 1993 aus Düsseldorf vertrieben worden waren, hatten sie ihre Aktivitäten nach Langenfeld verlagert. Von dort aus betreibt Winter den **"Lebenskunde Verlag"** sowie einige Buchdienste und Torsten Lemmer nebst Anhang die Firmen **"Funny sounds and vision Produktions- und Handelsgesellschaft mbH"** sowie **"Creative Zeiten Verlag und Vertrieb"**, über die er u.a. die **"Musikzeitschrift Moderne Zeiten"** herausgibt. Die vom "Kommando" informierte Presse benachrichtigte die Polizei, die in der Lagerhalle auf ein umfangreiches Sortiment faschistischer Literatur und Tonträger stieß. Der Polizeiliche Staatsschutz zählte allein 127 verschiedene Publikationen in unterschiedlicher Stückzahl, von denen "einige auf Anhieb strafrechtlich relevant" seien, darunter **"Die Auschwitz-Lüge"** von **Thies Christophersen** und das **"Rudolf-Gutachten"**, beides "Werke", in denen die Existenz von Gaskammern und die systematische Vernichtung von Juden in deutschen Konzentrationslagern geleugnet wird. Gegen Kurt Winter als Mieter der Lagerhalle wurde währenddessen ein Verfahren wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Werbung für verbotene Organisationen und Verbreitung indizierter Schriften eingeleitet. In einer zweiten Pressemitteilung des "Kommandos" heißt es zum Inhalt der beschlagnahmten Unterlagen: "mit deutscher Gründlichkeit wurden über Jahre hinweg bundesweite und internationale Strukturen katalogisiert. in den Akten befinden sich belege über finanzielle Transaktionen, spenden, faschistische Vertriebsnetze und Strukturen, in denen u.a. die Namen Ra (Rechtsanwalt, die Red.) **Jürgen Rieger**, **Felicitas Deubel**, **Günther Kissel** oder Thies Christophersen zu finden sind." Bei Felicitas Deubel handelt es sich um eine ehemalige Düsseldorfer Opernsängerin, die u.a. als Funktionärin beim **"Weltbund zum Schutz des Lebens"** (WSL) und bei der währenddessen aufgelösten Düsseldorfer **REP-Abspaltung "Freie Wählergemeinschaft"** (Vorsitzender war Kurt Winter) aktiv war. Günther Kissel ist ein gut betuchter und einflußreicher Bauunternehmer aus Solingen sowie (ebenso wie Winter) Mitglied der Düsseldorfer "Herrenrunde". Kommentar des "Nationalen Infotelefon Rheinland" zur Datensicherung von Lemmer und Winter: "Wer solche Freunde hat, braucht sich um seine Feinde nicht zu kümmern."

Datensicherung II

Die vom antifaschistischen "Kommando Conny Wessmann" beschlagnahmten Akten befinden sich seit dem 8.11.95 in der "Obhut" des Polizeilichen Staatsschutzes Düsseldorf. Gegen einen Menschen aus Leverkusen, bei dem die Unterlagen angeblich gefunden wurden, läuft ein Strafverfahren. Kommentar des "Nationalen Infotelefons Westfalen": "Den Kunden bleibt die Gewißheit (...), daß mit ihren Daten gleich zweimal Schindluder getrieben wurde. (...) Wer vorgibt, professioneller Geschäftsmann zu sein, sollte auch mit kundenbezogenen Daten professionell umgehen und sie vorm Zugriff Dritter ausreichend schützen."

Schlecht geblufft

"1. Europäisches Skinhead- und Hooligan-Treffen in Düsseldorf", so lautet die Überschrift einer von Torsten Lemmer verbreiteten und per Fax der Presse zugespielten Ankündigung zu einem Konzert am 04.11.95 in Düsseldorf. Auftreten sollten verschiedene bekannte Bands aus dem braunen Sumpf, darunter "Rheinwacht" (Düsseldorf)", "Bound for Glory (USA)", "Bulldok (Tschechien)" und "No Remorse (England)". KonzertbesucherInnen sollten sich an einem von zwei Schleusungspunkten in Düsseldorf einfinden um dort den genauen Konzertort zu erfahren. Da ein solches Konzert von Anfang an nicht geplant war, sondern Lemmer nur dazu diente, seine Profilierungssucht zu befriedigen, es sich aber trotzdem in Teilen der rechten Szene herumsprach, wurde ein Tag vor dem Konzerttermin über die "Nationalen Infotelefone" Westfalen und Rheinland verbreitet, daß es sich bei dem Konzert um "eine fingierte Einladung des örtlichen Antifa-Cafès handeln" würde. "Offenbar sollen eintreffende Konzertbesucher (...) aufgelauert werden. Personen, die vorhatten, das vermeintliche Konzert zu besuchen, sollten auch ihre Bekannten informieren." Es steht zu vermuten, daß sich diese Information nicht so schnell herumgesprochen hat. Wie zu vernehmen war, wurde einigen unwissenden "No Remorse"-Fans beim Ansteuern eines Schleusungspunktes eine antifaschistische Rüge erteilt. Offensichtlich scheinen Lemmer & Co. nicht nur mit den Anschriften ihrer KundInnen "Schindluder" zu treiben (s.o.), sondern auch mit ihrer Zeit und Gesundheit. "Wer solche Freunde hat, ..."

Antifaschistischer Besuch bei einem Nazi-Kriegsverbrecher

Am 4. Nov. 1995 fand in Hagen eine Kundgebung vor dem Wohnhaus des Nazi-Kriegsverbrechers **Herbertus Bikker** statt.

Holländische und deutsche AntifaschistInnen waren auf Überraschungsbesuch bei dem verurteilten Kriegsverbrecher und sie wollten ihm auch nach 50 Jahren keine Ruhe lassen. Die örtliche Polizei war vollkommen überrascht. Sie war voll und ganz mit der Verkehrsregelung beschäftigt und wollte nicht eingreifen. Die Wuppertaler Polizei, an diesem Tag federführend tätig, konnte die verdeckt organisierte Kundgebung nicht mehr verhindern. Sie wurden von den autonomen OrganisatorInnen in weiser Voraussicht zum Schutz von Kriegsverbrechern ins Rheinland gelockt. Erst eine Stunde später, aber umso martialischer, erschienen sie mit zwei Hundertschaften der Bereitschaftspolizei. Mit Blaulicht kamen sie angerast. Zu spät.

Bikker ist ehemaliges Mitglied der Waffen-SS und Wächter des Lagers Erika in Ommen in den Niederlanden. Das Lager war von September 1944 bis April 1945 unter der Ordnungspolizei, zu deren Mitgliedern auch H. Bikker zählte, ein Straflager. Hier wurden laut Augenzeugenberichten ungefähr 450 Menschen eingesperrt. Entweder hatten die Menschen sich dem Arbeitseinsatz in Deutschland widersetzt, oder es waren Menschen, die im Verdacht standen, illegal zu arbeiten, jüdische Menschen zu verstecken u.a.m. Die Sicherheitspolizei des Straflagers setzte die Dauer der Strafen willkürlich fest, im allgemeinen waren es einige Monate, die die Gefangenen im Lager Erika verbrachten. Die Sicherheitspolizei war es auch, die die Gefangen arrestierte.

Hier gab es eine sogenannte Schlägertruppe, die aus ca. 15, besonders ausgesuchten Wächtern des Lagers bestand. Tag und Nacht war die Truppe in der Umgebung von Ommen unterwegs, machte Razzien in den Wohnhäusern, nahm die Verdächtigen mit, bedrohte deren Verwandte mit dem Tod, plünderte die Wohnhäuser, verwüstete den Rest und mißhandelte und tötete die Gefangen. Zu dem festen Kern der Truppe gehörten der deutsche Offizier **Schwier,** der holl. Kapt. **Diepgrond, de Jong, Kermer, Soetebier** und der Wächter Bikker, der auch der „Henker von Ommen" genannt wurde.

Bikker wurde 1949 vom niederländischen Gericht wegen nachgewiesen zweifachen Mordes und unzähligen Mißhandlungen zunächst zum Tode verurteilt, die Strafe wurde später in lebenslänglich verwandelt.

Herbertus Bikker floh am zweiten Weihnachtsfeiertag 1952 mit noch sechs anderen Gefangen aus dem Gefängnis Breda (Niederlande). Die Flüchtigen mußten wegen illegalen Grenzübertritts in einer kleinen deutsch-holländischen Stadt nur 10 Mark Bußgeld bezahlen, danach konnten sie ihre Flucht ungehindert fortsetzten. Bikker meldete sich dreisterweise am 31.12.1952 beim Sozialamt in Hagen, um Sozialhilfe zu beantragen. Hier wurde er kurze Zeit verhaftet. Die Niederländische Justiz hatte die Auslieferung beantragt, jedoch gab es keinen Auslieferungsvertrag zwischen den Niederlanden und Deutschland. **Konrad Adenauer** hatte dann der Niederlande angeraten, die Ausweisung zu beantragen. Diese sollte in Kraft treten, falls die inzwischen fünf von sieben gefaßten Flüchtigen vom deutsche Gericht nicht als politische, sondern als kriminelle Flüchtlinge beurteilt würden. Einer der fünf wurde kurzer Hand unter Protest der deutschen Justiz von den britischen Alliierten über die Grenze nach Holland gesetzt. Die anderen Kriegsverbrecher beriefen sich auf den Führer-Erlaß, der 1952 noch gültig war. Hierdurch bekam Bikker die deutsche Staatsangehörigkeit und konnte so in Hagen lebend seine lebenslangen Haftstrafe umgehen. In den Aachener Nachrichten hieß es damals: „Die sieben Niederländer fühlen sich nicht schuldig. (..) Sie sind allein aus politischen Gründen verurteilt. Sie haben während des Krieges ihre niederländische Nationalität verloren und die deutsche Staatsangehörigkeit erworben, da sie Mitglied der Waffen-SS waren".

Deutsche Bürger dürfen nicht ausgeliefert werden, hieß es ein Jahr später in einem höchstrichterlichen Urteil. Um zumindest einen Schein von Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten, „strengte" die zuständige Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des „Verdachts von Kriegsverbrechen" an, das jedoch nur wenige Monate später wegen „Mangels an Beweisen" eingestellt wurde.

Bikker arbeitete bei der Firma Nord-West als Hausmeister und Wächter, eine Tätigkeit, die ihm nicht unbekannt war. Durch die Arbeit sicherte er seine Rente, die er nun in Hagen genießt.

Vor dem Wohnhaus des Herbertus Bikker angelangt wurden Redebeiträge in deutscher und niederländischer Sprache gehalten. Bikker war wohl zu Hause und wird sie sehr gut verstanden haben.

Mit der Aktion und der anschließenden Demonstration durch einen Teil von Hagen haben deutsche und niederländische AntifaschistInnen auf diese Ungeheuerlichkeit aufmerksam gemacht. Daß noch lebende Nazi-Kriegsverbrecher nur unzureichend verfolgt und verurteilt wurden, wird allzu gerne von den Obrigen verschwiegen. Durch diese Aktion haben sich die AntifaschistInnen dem Stillschweigen widersetzt und am Exempel Bikker deut-



Antifas aus den Niederlanden vor dem Haus von Hubertus Bikker in Hagen

lich gemacht, daß Menschen mit einer solchen Vergangenheit kein Recht haben, in Ruhe zu sterben.

Diese Aktion wurde der niederländischen Widerstandskämpferin **Hannie Schaft** gewidmet. Hannie Schaft kämpfte in einer aus Frauen bestehenden, bewaffneten Gruppe gegen die deutschen Besatzer, besonders gegen Gestapo und den holländischen Sicherheitsdienst. Ihre Genossin aus der bewaffneten Gruppe, die Kommunistin und Bildhauerin **Truus Menger** widmete ihr und allen anderen Frauen im bewaffneten Widerstand eine vier Meter hohe Frauenstatue in Rotterdam. Hannie Schaft wurde nur wenige Tage vor der Befreiung Hollands kurz vor einer Aktion verhaftet und von „Bikkers Kameraden" ermordet. „Ich kann besser schießen als ihr" waren ihre letzten Worte an die Mörder in den Dünen von Bloemendaal.

Das Aktionsbündnis Hagen (ABH)

Dieses Sammlungsbecken ist 1993 gegründet worden. Nazis aus unterschiedlichen Fraktionen aus Hagen und Umgebung sind im ABH organisiert. Nach außen tritt das ABH auch als **"Deutscher Gesprächs- und Freundeskreis Hagen"** und **"Bürgeraktion unsere Zukunft Hagen"** auf. Die Zeitung **"Freies Wort Südwestfalen"** wird ebenfalls mit Unterstützung des **Landwehr Verlag** und den **Unabhängigen Nachrichten** vom ABH herausgegeben. Thematisch hat sich der ABH hauptsächlich mit der doppelten Staatsbürgerschaft beschäftigt. Ansonsten veranstaltet die Gruppe regelmäßige Treffen, sie organisiert Informationstische und Veranstaltungen. Weiterhin werden in Hagen massenweise Aufkleber verklebt und teilweise Flugblätter zu **Rudolf Heß** verteilt. Verantwortlich für die Publikationen, das Postfach und den Telefonanschluß ist das Hagener **Deutsche Liga** Mitglied **Rüdiger Kahsner** (RK Druck und Vertrieb). Bekannt sind gute Kontakte zu fast allen Spekteren des deutschen Rechtsextermismuds. Dazu gehören die verbotene **NO** und **NL**, die **Junge Freiheit Leserkreise** und die **Junge Union**.

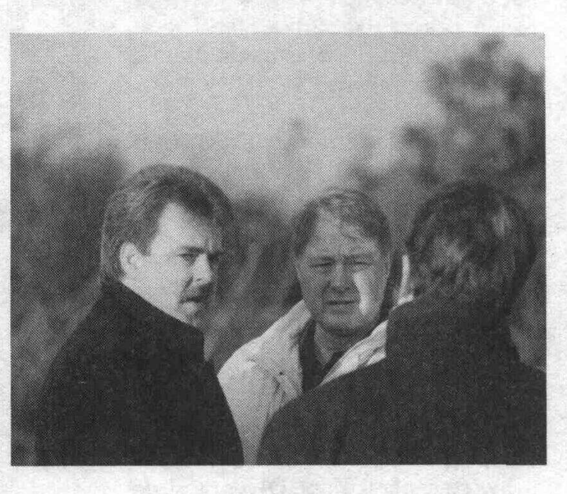
Informationen über Aktivitäten des ABH bitte an die Redaktion oder an die **Antifa Hagen (II), c/o Buchladen Quadrux, Lange Straße 21 in 58089 Hagen**

Dumm wie Bohnenstroh oder ein REP-Parteitag in NRW

Kurze Haare, schwarze Bomberjacke und hohe Kampfstiefel, so steht der Ordner an der Einfahrt des kleinen Parkplatzes an der Autobahnabfahrt Beckum. Mit kritischem Blick prüft er das ankommende Auto und winkt es dann zu dem weiter hinten stehenden Auto. Ein junger Mann steigt aus diesem aus, legt das Funktelefon aus der Hand begrüßt die Republikaner. Dann läßt er sich deren Mitgliedsausweis zeigen, trägt die Namen sorgsam in seine TeilnehmerInnenliste ein, reicht die Wegbeschreibung ins Auto, wechselt noch einige Worte und wünscht den Kameraden eine gute Fahrt. Es ist Samstag der 18.11.95 gegen 8.00 Uhr und der **Landesverband NRW der Republikaner** hat zum Landesparteitag geladen. Was die anreisenden REPs zu diesem Zeitpunkt nicht bemerken und wissen ist, daß schon seit 7.00 ca. 30-40 AntifaschistInnen vor Ort sind. Sie hatten die Kontaktperson der REPs, welche den TeilnehmerInnen des Parteitages den Veranstaltungsort mitteilen sollte, gewaltfrei aber bestimmt zum Verlassen des Ortes aufgefordert, was dieser mit quietschenden, durchdrehenden Reifen auch tat.

Kurz danach nahm ein anderes Auto den Platz ein, die AnitfaschistInnen verzogen sich hinter die nächste Ecke. Als die von der Zivilpolizei angeforderten Einsatzkräfte eintrafen war wieder alles in Ordnung. In aller Ruhe wurden die Wegbeschreibungen weitergegeben, alles friedlich, alles o.k. Überrascht waren die antifaschistischen Schleuser, welche die REPs mit ihren gefälschten Wegbeschreibungen zu 10 verschiedenen angeblichen Veranstaltungsorten leiteten, als gegen 9.00 Uhr die Ablösung der REPs eintraf. Aber kein Problem, diese wurden kurz eingewiesen, daß die Wegbeschreibungen nur nach Vorlage des Mitgliedausweises abgegeben werden dürften und man selbst noch einige Sicherheitsaufgaben zu erledigen habe. Später würde man sich am Veranstaltungsort wiedersehen. Ca. eine 1/4 Stunde brauchten die REPs um zu merken, daß etwas nicht stimmen konnte, immerhin führten die Wegbeschreibungen ja alle zu verschiedenen Orten. Als uns AntifaschistInnen klar wurde, daß der Schwindel aufgeflogen war, besetzten wir den Parkplatz. Lange Gesichter machten die REPs als sie die Kameraden von vorhin mit schwarzen Jacken und "Palituch" sahen. Leider war es uns ab jetzt wegen der Polizeipräsenz nur noch möglich das Weiterleiten der REPs zu be- und nicht mehr zu verhindern. Allerdings ließen sich einige REPs in Sichtweite des Schwarzen Haufens abfangen und irgendwohin leiten. Fast hätten die Kameraden noch versucht ihren Informanten zu befreien, welcher von den linken Chaoten um die Hausecke gejagt wurde. Leider schafften es die REPs dann doch noch ziemlich viele Personen weiterzuleiten. Nach ca. 3. Stunden tauchten dann auch die Autos wieder auf, welche wir schon einmal begrüßt hatten. Unseren Informationen nach sind einige Leute nicht am Parteitag angelangt, andere brauchten ewig. Auch an den eingesammelten Adressen werden wir viel Freude haben. Das es uns nicht möglich war, den Parteitag zu verhindern finden wir schade, allerdings haben wir gehört, das es auf dem im Lippstädter Vorort Kappeln stattfindenden Parteitag einiges an Streit und Verwirrung über unsere Aktion gegeben hat. Ob die REPs wohl gelernt haben, daß nicht alle Menschen die kurze Haare haben Rechte sind? Oder daß alle Leute die ordentlich auftreten und mit „Kamerad" grüßen zu ihnen gehören? Die Polizei haben im übrigen auch am Anfang nichts gecheckt. Später fanden sie das zum Teil prima, zum Teil waren sie auch ziemlich sauer. Auf jeden Fall haben sie uns in Ruhe gelassen.

(Dieser Beitrag wurde uns von engagierten Antifaschisten aus NRW zugeschickt.)



Republikaner am Treffpunkt

Polizeischutz für Neonazis

Nazikader aus der gesamten BRD und den Niederlanden marschierten in Solingen

Nachdem wir in den letzten Ausgaben der Antifaschistischen NRW Zeitung immer wieder über die fragwürdige Verstrickung der Wuppertaler Polizei in den Brandanschlag von Solingen und die von gleichzeitig ausgehende Repression gegen AntifaschistInnen berichteten, müssen wir heute wieder einmal über die Beamten aus Wuppertal und ihren guten Draht zur rechten Szene schreiben. Ende Oktober verschickte der Bundesgeschäftsführer des **"Arbeitskreis Deutsche Interessen" (ADI)**, der Solinger **Bernd Koch**, eine Einladung an "alle Kameraden der Nationalen Sache", am Totensonntag in Solingen einen "Helden" des ersten Weltkrieges zu ehren - den Jagdflieger **Karl Almenröder**. Um diesen Naziaufmarsch zu verhindern, mobilisierten AntifaschistInnen aus Solingen zu einer Gegenkundgebung. Rund 200 Antifas aus dem Bergischen sowie anderen Regionen in NRW harten denn auch am Haus von Bernd Koch aus, bis sie sicher waren, daß sich in dessen Wohnung keine weiteren "Kameraden" versammelt hatten. Die hier schon zahlreich vertreten Ordnungshüter hielten sich ungewöhnlich stark zurück und gewährten den DemonstrantInnen nahezu eine uneingeschränkte Bewegungsfreiheit. Dies sollte wie es sich später zeigte auch für die "Kameraden" des Bernd Koch gellten. Am späten Nachmittags versammelten sich in dem Solinger Stadtteil Burg etwa 60 aus dem Rheinland, dem Ruhrgebiet, den Niederlanden und aus Norddeutschland angereiste FaschistInnen. Mit Fackeln und einem Kranz ausgerüstet zogen sie in den Solinger Wald um auf einem "Ehrenfriedhof" einen Kranz niederzulegen. Bevor sie an dem "Ehrenmal" zu gemeinsamen Lied anstimmten, hielt der Führer der verbotenen **"Wiking Jugend" (WJ) Wolfgang Narath** und ein "Kamerad aus den Niederlanden eine Rede. Dies war ganz zweifelsfrei mit dem polizeilichen Staatsschutz aus Wuppertal abgesprochen. So war gegen 12.50 Uhr noch über Funk mitgeteilt worden: "Die Lage in der rechten Szenen (ist) wie besprochen. Wir haben gerade noch Kontakt gehabt". Auch die Tatsache, daß die Einsatzhundertschaft nach dem Ende der Antifa Demo nicht nach Wuppertal zurückgerufen wurde , sondern sich in unmittelbarer Nähe des späteren Versammlungsortes der "Kameraden der Nationalen Sache" postierte, spricht für sich. Trotz dieser unmittelbarer Nähe schritt die Polizei nicht ein, sie wartete bis ein Hinweis aus der Bevölkerung bei ihr einging und erschien dann schließ ca. 45 Minuten später am Versammlungsort. Anstelle nach den im Wald verschwundenen FaschistInnen zu suchen oder aber zumindest an ihren Fahrzeugen auf sie zu warten, ließ sie nur eine Streifenwagenbesatzung zurück. Nachdem die FaschistInnen ihren Kranz niedergelegt hatten, konnten sie ungestört - unter den Augen der Polizei - die Heimfahrt antreten. Die Ordnungshüter unternahmen nichts, so daß der größte Teil der FackelträgerInnen Heim fuhr. Nur eine kleine Gruppe von ca. zehn Personen ließ es sich nicht nehmen und versuchten noch in aller Ruhe in einer nahe gelegenen Kneipe, ein Bier zu sich zu nehmen. Mittlerweile eingetroffene AntifaschistInnen entdeckten - nachdem sie von der wieder anwesenden Polizei kontrolliert wurden - die "Kameraden" der Kneipe und setzten sich mit der Wirtin in Verbindung. Nachdem diese über die politischen Gesinnung ihrer Gäste bestens informiert war, forderte sie die Polizei auf diese aus Ihrer Gaststätte zu werfen. Um den ungestörten Abzug der Braunhemden zu sichern, sperrte diese die Kneipe weiträumig ab und ließ auch diese Faschisten ungestört heimfahren. Am Montag nach dem Aufmarsch versuchte das Wuppertaler Polizeipräsidium Gegenüber der Presse den stattgefunden Aufmarsch zu leugne, mußte diese Mitteilung aber aufgrund von ZeugInnen zurücknehmen und gestand schließlich ein, daß in Solingen Burg einig FaschistInnen marschiert seien. Solinger AntifaschistInnen und AnwohnerInnen verlangen jetzt eine lückenlose Aufklärung des Polizeieinsatzes sowie die Offenlegung aller Verbindungen zwischen polizeilichen Staatsschutz und den FaschistInnen.



Solingen am Volkstrauertag: Nazis unter Polizeischutz ...



... und beim Bier

Johann Brandt - ein Altnazi meldet sich zurück

Am 23.10.1995 meldete sich der mittlerweile knapp 73 jährige Altnazi Johann Brandt aus Witten wieder zurück. Er zeichnet sich presserechtlich für ein Flugblatt der Initiative "Wittener Bürger gegen Bürokraten" verantwortlich. In seinem Flugblatt, behandelt er die Umbenennung einer Wittener Ruhrbrücke, in "Willy Brandt Brükke" und das für ihn anscheint daraus resultierende Problem. In dem Flugblatt, das durch die teilweise Verwendung femininer Ausdrucksformen einen progressiven Anschein machen soll, wird Umbenennung der Brücke gar nicht thematisiert. Statt dessen versuchen diese "Wittener Bürger" an Hand der Biographie Willy Brandts, den BürgerInnen der Stadt klar zu machen, daß er ein schlechter Mensch und zu dem auch noch Kommunist war.

"Diese Tatsache löst die Verpflichtung aus, den Mann Brandt in seiner Gesamtheit zu beleuchten....". Getreu diesem Flugblattzitat gilt es zu Handel, allerdings ist es in diesem Fall sicherlich wichtiger den Altnazi Johann Brandt und nicht den verstorbenen Altbundeskanzler Willy Brandt sich anzuschauen.

Johann Brandt, geb. am 29.1.1923, ehemaliges Mitglied der **Waffen SS** hat in mehreren in der faschistischen Szene wichtigen Gruppierungen maßgeblich mitgewirkt. Die Postfachadresse, die er auf dem Flugblatt der **"Wittener Bürger gegen Bürokraten"** verwendete, tauchte erstmalig vor ca. dreizehn Jahren in Witten auf. Damals war die Bundesgeschäftsstelle der vom mittlerweile verstorbenen **Michael Kühnen** angeführten, **"Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationaler Aktivisten"** bis zu ihrem Verbot im Dezember 83, hierüber zu erreichen. Neben seiner Tätigkeit in der Bundesgeschäftsstelle der **ANS/NA** war Brandt gleichzeitig Leiter des ebenfalls mit der ANS/NA verbotenen **"Freundeskreis Deutsche Politik"**. Diese auch als Tarnorganisation der ANS/NA bezeichnete Gruppierung, hatte die Aufgabe die eher älteren Unterstützter der ANS/NA zu organisieren und Spenden einzutreiben.

Ab 1984 gab der Schriftleiter des **"Neuen Beobachter"**, dem Mitteilungsblatt des **"Weltbundes gegen Geschichtsverfälschung"**, Johann Brandt das ehemalige ANS/NA Postfach als Redaktionsadresse an.



Johann Brandt

Ende 1987 wechselte Brandt die Publikation und gab zusammen mit dem ehemaligen Druckereibesitzer **Friedhelm Kathagen** die **"Leithefte"** heraus. Die Rolle des Geschäftsführer sowie presserechtlich Verantwortlichen übernahm dabei Brandt, die redaktionelle Tätigkeit war Aufgabe seines Kameraden Kathagen. Die "Leithefte", der **"Rundbrief des Kameradenkreises der ehemaligen Waffen-SS zur Pflege der Kameradschaft und zur Abwehr von Geschichtsverfälschungen"**, brachten Brand und Kathagen im Herbst 91 ein Verfahren wegen Volksverhetzung, Beleidigung, Verunglimpfung des Andenken Verstorbener, Verwenden von verfassungsfeindlichen Symbolen und einer Vielzahl anderer Delikte ein. Auch bei diesem Verfahren war -wie schon bei der Verflechtung von ANS/NA und dem "Freundeskreis Deutsche Politik" - zu sehen wie gut die "Jungnazis" mit den "Alten" können. So gehörten nicht nur ein Vielzahl von SS-Schergen zu den Prozeßbeobachtern, auch Personen aus dem Umfeld der verbotenen ANS/NA waren zu sehen, **Christian Sennlaub** und **Christian Malcoci** ließen kaum einen Prozeßtag aus und leisteten so ihren Kameraden Brandt und Kathagen seelischen Beistand. Johann Brandt revanchierte sich dann im Frühjahr 94 und begleitete den Prozeß gegen die Wittener Kameradschaft der **"Nationalen Offensive"** und dies sicherlich nicht nur um seinem Mitangeklagten Sohn **Martin Amadeus** Brandt beizustehen.

Rechtsradikaler Busfahrer muß für drei Jahre hinter Gitter

Ende November wurde in Witten der 50 jährige Schulbusfahrer Udo W. wegen 88fachen sexuellen Mißbrauch von zwei Jungen zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt. Der in der Anklage erhobene Vorwurf W. habe die Jungen mit Waffengewalt zu den Handlungen gezwungen wurde im Laufe des Prozeß entkräftet. Bei einer Hausdurchsuchung Ende 94 hatte die Polizei in seiner Wohnung unteranderem drei Karabiner, ca. 300 Schuß Munition sowie rechtsradikales Propagandamaterial und Hakenkreuzaufnäher sichergestellt. Der polizeiliche Staatsschutz rechnet W. der rechtsradikalen Szene zu. Im Prozeß spielte seine politische Tätigkeit allerdings keine Rolle.

Antifaschist vor Gericht

Am 20 November begann und endete zugleich ein Prozeß gegen einen Wittener Antifaschisten. Die Staatsanwaltschaft hatte ihm vorgeworfen, als Anführer an einer nicht genehmigten Demonstration am 8. Mai in Witten teilgenommen zu haben. Damals hatte die Antifa Witten zu einer inoffiziellen Umbennung des auf dem Karl Marx Platz stehenden Kriegerdenkmals aufgerufen. Die AntifaschistInnen verhüllten das Denkmal und brachten ein Schild mit der Aufschrift "der Unbekannte Deserteur" an. Die von ordnungsliebenden BürgerInnen gerufene Polizei forderte die AntifaschistInnen auf den Urzustand des Denkmals wieder herzustellen. Da diese sich weigerten rief die Polizei die Feuerwehr zu Hilfe, so daß einem Antifa einige Tage später eine Rechnung der Feuerwehr ins Haus flatterte. Da die AntifaschistInnen geschlossen einen Platzverweis erhielten zogen sie in die nahegelegene Fußgängerzone und hielten zusammen mit der DFG-VK eine Spontankundgebung ab. Einer der Redner erhielt dann wenige Tage später eine Vorladung des Staatsschutzchef Herrn Greulich. Da er selbstverständlich zu diesem Termin nicht erschien kam es wie s kommen mußte, er erhielt eine Anklageschrift wegen verstoß gegen das Versammlungsrecht. In dem Prozeß widersprachen sich die geladenen PolizeizeugInnen so sehr, daß die Richterin sich genötigt sah das Verfahren einzustellen.

Neonazis marschieren immer wieder im Dreiländereck

Am 9.Dez.1995 marschierten ca. 50 Neonazis in Vaals, dem Grenzort an der niederländisch-deutschen Grenze bei Aachen unter dem Vorwand gegen den Vertrag von Maastricht zu demonstrieren. Unter den Faschisten waren Mitglieder der **Nationalen Volkspartij/CP'86** aus den Niederlanden, **Voorpost** aus Belgien und den **Jungen Nationaldemokraten** aus Deutschland. Eigentlich war eine Demonstration in Maastricht angemeldet, der Bürgermeister von Maastricht hatte sie jedoch verboten. So wichen die Nazis nach Vaals aus. Auf der belebten Durchgangsstraße liefen die Nazis hinter einem Transparent mit der Aufschrift 'eigen volk eerst'. Vor dem Gemeindehaus von Vaals hielten H. **Ruitenberg** (Parteileiter der NVP/ CP'86) und M. Prümmer (Junge Nationaldemokraten) Kundgebungen. Daß die Faschisten einmal mehr präsent sein wollten, zeigte die Aussage von H. Ruitenberg. In Limburg sei „aufgrund der zentralen Lage gut zu operieren". Der Aufmarsch wurde schnell aufgelöst als rund sechzig Polizisten der ME (Einsatzpolizei der Niederlande) die Faschisten umzingeln wollte. Die Polizei hatte diesmal niemanden festgenommen. Auch marschierten am 14.10.95 ca.50 Neonazis schnellen Schrittes durch die limburgische Innenstadt Sittard. Sie traten sehr aggressiv gegenüber den Einkaufenden auf, riefen faschistische Parolen, wie die „NSDAP kommt wieder", zeigten den „Hitler-Gruß", trugen Transparente und Flaggen mit den Emblemen der ANS und FAP mit sich. Ob der Marsch nun gegen die Haft von **Gary Lauck** gerichtet oder als Unterstützung für die **Afrikaner Widerstandsbewegung** (AWB) in Süd-Afrika anzusehen war, ist undeutlich. Es wurden 21 deutsche und 12 niederländische Neonazis festgenommen. Unter ihnen befand sich auch **Eite Homan** (ANS-NL) und **Constant Kusters**, Vorsitzender der **Fundamentalistischen Arbeiterpartei** (FAP) aus Arnheim, die im Frühjahr 1995 als Schwesterpartei der verbotenen deutschen FAP gegründet wurde. Auch hier wurden durch Kusters weitere Demonstrationen im niederländischen Limburg aufgrund der geographischen Lage zwischen Deutschland, den Niederlanden und „Flandern" angekündigt. Weiterhin wurde das ehemalige Ratsmitglied der **Centrum Demokraten** (CD) und jetziger Schatzmeister der FAP J. **Janszen** aus Heerlen festgenommen. Die Festgenommenen wurden nach einigen Stunden freigelassen. Die deutschen Neonazis wurden bis zur Grenze begleitet, die niederländischen Neonazis mußten mit dem Zug fahren, da Unbekannte in der Zwischenzeit die Reifen der Autos zerstochen hatten. Diese Demonstration waren nicht die Ersten in der Grenzregion. Im Dezember 1993 marschierten 44 Neonazis in Kerkrade.Im Juli 1994 sind rund 70 Neonazis durch Venlo marschiert, im Oktober 1994 wurden bei einem Aufmarsch in Maastricht 4 von ca.20 Neonazis festgenommen. Alle Aufmärsche waren in den Niederlanden. Meist fanden sie mehr oder weniger überraschend statt und immer nahmen deutsche Neonazis daran teil.

Warns wird wohl doch kein Diksmuide

Traditionell erinnert die Friesische Bewegung jährlich am 25.September an die Schlacht bei Warns, bei der im Jahre 1345 die „freien" Friesen eine holländische Invasionsarmee besiegten. Seit 1992 rufen auch niederländische und flämische Faschisten unter Solidaritätsbekundungen an die dadurch irritierte Friesische Bewegung zur Teilnahme an diesem Gedenktag auf. Unter ihnen als Anführer der friesischen Faschisten befindet sich **Douwe van der Bos**, der sich in Warns ein niederländisches Diksmuide verspricht.

1993 hat Douwe van der Bos die friesische Voorpost mit aufgebaut, als Schwesterorganisation der belgischen Voorpost. Douwe van der Bos versucht damit Anschluß an die Friesische Bewegung zu finden, 1992 waren beim Gedenken an die Schlacht bei Warns einige Mitglieder der Voorpost zu sehen. Die Friesische Bewegung hat sich mehrmals gegen eine Anwesenheit der Faschisten ausgesprochen, diese waren aber immer wieder am Gedenktag präsent. AntifaschistInnen riefen dieses Jahr dazu auf die Abreise der Neonazis aus dem Haus von Douwe van der Bos zu verhindern. Das Wohnhaus von Douwe van der Bos, verziert mit der friesischen und flämischen Flagge, war bewacht und belagert von ca. 20 niederländischen, flämischen und deutschen Faschisten, u.a. **Constant Kusters**, Mitglied der **CP'86** Arnheim und **Eite Homan** (ANS-NL). Der Nachmittag verlief ruhig und erfolgreich. Die BewohnerInnen von Oldelammer wurden durch Flugblätter und Kundgebungen über den Grund der Anwesenheit der AntifaschistInnen informiert. Die Faschisten blieben den Nachmittag über auf dem Grundstück des Wohnhauses von Douwe van der Bos und nahmen somit nicht an dem Gedenken zur Schlacht bei Warns teil.


BUS
GO
SCAT
257-8426
transit information